



# Gorleben Rundschau

kulturelle  
Landpartie

## Lebensfreude

Die Kulturelle Landpartie ist auch Teil der Widerstandsbewegung im Wendland. Ihr Ursprung liegt im Protest.

## Ohnmacht

Regisseur Edgar Hagen fühlt sich angesichts der ungelösten Frage um eine sichere Atom-mülllagerung ohnmächtig.

## Überzeugung

Es gibt gute Gründe, die gegen Gorleben sprechen. Trotzdem ist der Salzstock im Wendland noch im Rennen.



## Die Endlager den Nachkommenden?

Salzgitter. Kundgebung gegen den Schacht Konrad, dem einzigen bislang genehmigten atomaren Endlager im ehemaligen Westdeutschland. Anschließend im überfüllten Saal des Gymnasiums am Fredenberg Diskussion mit mehr als 500 Gegnern der noch nicht in Betrieb genommenen Anlage.

Jochen Flasbarth, Staatssekretär im Bundesumweltministerium, muss bestätigen, dass die Bundesregierung die Lagerung einer größeren Menge Atommölls im vorerst für gut 300 000 Kubikmeter Abfall genehmigten Schacht Konrad prüft. Atommöll, der aus der Schachtanlage Asse II zurückgeholt werden soll, geschätzt 175 000 bis 220 000 Kubikmeter, zudem könnten 100 000 Kubikmeter Abfälle aus Gronau anfallen. Fragen nach der Sicherheit werden bekenntnishaft abgeblockt: „Wir glauben, dass das der richtige Standort ist. Er hat eine Genehmigung. Schacht Konrad ist sicher und wird auch so realisiert.“

Mit der atomaren Kernspaltung nutzt die Menschheit erstmals Energien, die sie nicht oder nur unzureichend beherrscht und deren Entsorgung nach wie vor ungeklärt ist. Beispiele zum einen: Tschernobyl und Fukushima, zum anderen: Gorleben, Morsleben und Asse II.

Und seit Jahrzehnten das gleiche Argumentationsmuster: Keiner der Zuständigen, abhängig vom Wohlwollen der Atom-Industriellen, wagt auf die Frage nach dem Ausweg als einzig wahrhaftige Antwort: „Wir wissen es nicht.“ Sie hätte zur Konsequenz: den Ausstieg ohne Wenn und Aber aus Atomindustrie und atomarer Rüstung sowie die dezentrale, jederzeit kontrollierbare Zwischenlagerung bis Wege zu verlässlicher Entsorgung (Verkürzung der Halbwertszeiten) gefunden sind.

Bereits jetzt besteht unsere Hinterlassenschaft für nachfolgende Generationen aus dem für Reichtum und Macht Weniger produzierten Müll. Lasst uns eintreten für ein besseres Erbe.

Rolf Becker  
Schauspieler und Synchronsprecher





Liebe Leserinnen und Leser,

lässt der Frühling 20 Jahre nach dem ersten Castortransport ins Wendland sein blaues Band wieder über blütenweißen Landkarten flattern? Nicht allein jedoch, dass an vielen Orten der Atommüll vor sich hin rottet, auch an einem ganz konkreten, hochaktiven Ort scheiden sich unverändert die Geister. In der Endlager-Suchkommission gebe es keine Mehrheit für Gorleben, teilte deren Vorsitzender Michael Müller jüngst bei einem Besuch unter Parteigenossen in Kiel mit. Mathias Edler, Wendländer und Atomexperte bei Greenpeace, hat die politische Arithmetik nachgerechnet und kommt zu einem völlig anderen Ergebnis: Die erforderliche Zweidrittelmehrheit gegen Gorleben ist in dieser politisch besetzten Kommission geradezu unmöglich.

Uns wundert Müllers Aussage ohnehin, denn für die Auswahl eines Standortes ist die Kommission eigentlich überhaupt nicht zuständig. Für die Sicherung von Standorten ist allerdings Müllers Parteigenossin Barbara Hendricks verantwortlich, und die sperrt sich gerade mit dem Bundeskabinett gegen jede Veränderung und hat den Schwarzbau im Salzstock Gorleben kurzerhand noch einmal für zehn Jahre unter Veränderungssperre gestellt.

In dieser Ausgabe erläutert die Rechtsanwältin und Mediatorin Ulrike Donat, was sie nötigte, ihre Zusammenarbeit mit der Kommission in der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsbeteiligung zu beenden. Der Filmemacher Edgar Hagen, zurück von seiner Reise zum sichersten Ort der Erde, zeigt Wege aus der Ohnmacht und stößt uns auf ein drängendes Problem. Neben



**Martin Donat,  
Vorsitzender der  
BI Lüchow-  
Dannenberg**

ben der kunstreichen Geschichte des Widerstandes von Wolfgang Ehmke mit Wendlandsonne und Castor-(NIX) ist in dieser Ausgabe die traditionsreiche Kulturelle Landpartie im Wendland Partner der *Gorleben Rundschau*, vor allem deren grandiose und emsige Akteure. Torsten Koopmann und Andreas Conradt haben gute alte Freunde und Kulturschaffende zu dieser immer wiederkehrenden Widerstandsparty befragt. Genug geredet, alles gesagt, findet Peter Bauhaus und führt uns unsere Gefühle vor Augen. Kulturelle Landpartie und Bürgerinitiative scheuten in diesem Jahr keine Kosten und Mühen und ermöglichen allen Gästen im Wendland, das Gorleben-Gefühl hautnah zu erleben, nämlich auf der grossen Widerstandsparty am 22. Mai an den Atomanlagen bei Gorleben. Viel Spaß bei Brot, Salz und Spielen!

## Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.  
Rosenstraße 20, 29439 Lüchow  
redaktion@gorleben-rundschau.de  
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac),  
Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich, Adresse wie vor), Angelika Blank (asb), Wolfgang Ehmke (we), Torben Klages (tk)  
Gestaltung: Andrea Hagen und  
Andreas Conradt

Druck: dieUmwelt Druckerei GmbH  
Lohweg 1, 30559 Hannover  
Auflage: 7000, gedruckt auf  
Recyclingpapier Circle Matt White  
Weitere Infos, Leserbriefe und  
Feedback auf der Website:  
www.gorleben-rundschau.de

### Mitgliederversammlung Kaum Änderungen

Die Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) am 15. März hatte nicht viel Spektakuläres zu bieten: Die Kassenlage ist hervorragend, die Mitgliederzahlen befinden sich in einem leichten Aufwärtstrend, obwohl 2014 vergleichsweise viele Mitglieder ausgetreten sind, und der Vorstand konnte ohne größere Diskussionen entlastet werden. Auch bei den Vorstandswahlen gab es keine Überraschungen: der alte Vorstand ist auch der neue Vorstand – ergänzt durch zwei neue Mitstreiter/-innen. BI-Vorsitzender bleibt Martin Donat, Pressesprecher Wolfgang Ehmke. (asb)



### Castortransporte Klagen jetzt möglich

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht (BVG) den so genannten „Drittsschutz“ auf Atomtransporte erweitert hat, muss eine Klage aus dem Jahr 2003 neu verhandelt werden. Zwei Atomkraftgegner, die in der Nähe der Castor-Verladestation Dannenberg wohnen, hatten geltend gemacht, einem Risiko ausgesetzt worden zu sein, unter anderem weil die Castorbehälter „eine Fehlkonstruktion“ seien. Die Kläger monierten Mängel bei der Neutronenabschirmung der Behälter.

Im März 2013 hatte das BVG diese Entscheidungen aufgehoben und ein Klagerecht der Anwohner bejaht. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg hat daraufhin angekündigt, jetzt in eine umfangreiche Beweiserhebung einzusteigen.

„Der sehen wir gespannt entgegen“, sagte die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. „Wird die Rechtswidrigkeit der Beförderungsgenehmigung bestätigt, kann das einen generellen Transporte-Stopp zur Folge haben.“ Das hätte sogar weitreichendere Folgen als das Brunsbüttel-Urteil. Dem dortigen Zwischenlager wurde kürzlich die Betriebs-erlaubnis entzogen, weil das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) nicht darlegen konnte, wie das Zwischenlager gegen Terror-

Der neue BI-Vorstand (von links): Wolfgang Ehmke (Pressesprecher), Klaus Longmuss (Kassenführer), Elisabeth Hafner-Reckers, Martin Donat (Vorsitzender), Kerstin Rudek, dahinter: Günter Hermeyer, Falko Berkemeier, Henrik Stern. Nicht im Bild: Birgit Fuhrmann.

anschläge geschützt werden kann. Eine Veröffentlichung des Sicherheitskonzepts von Zwischenlagern hat das BfS bislang verweigert. „Bei den Castortransporten, die in den kommenden Jahren in ein kraftwerksnahes Zwischenlager transportiert werden sollen, gibt es nun auch ein Klagerecht, und wir sind uns sicher: Das wird genutzt“, so die Bürgerinitiative. (we)

### Greenpeace-Report Weniger Atomkraft

Seit der Atomkatastrophe von Fukushima hat sich der globale Abwärtstrend der Atomindustrie deutlich beschleunigt. Bis 2013 fiel die Atomstromproduktion auf ein Rekordtief von elf Prozent in der weltweiten Stromerzeugung, so Greenpeace in einem im März veröffentlichten Report. Der Ausfall sämtlicher Atomreaktoren in Japan nach dem GAU verursachte einen Großteil des Rückgangs. Doch der Anteil verringerte sich auch in weiteren 16 Ländern, unter ihnen Deutschland, Finnland, USA, Frankreich und Südkorea. „Atomenergie ist gefährlich, teuer und unnötig. Das hat Fukushima gezeigt“, sagte Heinz Smital, Atomexperte von Greenpeace. „Japan ist seit 20 Monaten atomstromfrei und sollte nun die Energiewende vorantreiben.“ Allerdings plant Japan trotz Vulkan- und Erdbebenrisiken und gegen den breiten Widerstand in der Bevölkerung ein Wiederaufleben der ersten Atomkraftwerke nach dem Unglück. „Japan ignoriert schlicht die wichtigen Lehren aus dem Fukushima-Desaster“, sagte



Hisayo Takada, Energieexpertin von Greenpeace Japan. „Die atomfreundliche Energiepolitik von Premierminister Abe verhindert Investitionen in Erneuerbare Energien trotz des großen Wind- und Solarpotentials in Japan.“ Das Wirtschaftsministerium befürwortet für das Jahr 2030 einen Energiemix von 15 bis 25 Prozent Atomkraft und nur 20 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien. Eine Entscheidung darüber soll noch bis zum G7-Gipfel Anfang Juni fallen. (pm)

Weitere Infos im Internet unter:  
● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)



## Kurznachrichten Aktion und Politik

Eine Demo durch Dannenberg – das hatte es länger nicht gegeben! Anlass für den Protest am 14. März war der vierte Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Fukushima. Fünf Redner/-innen wiesen die rund 250 Teilnehmer/-innen auf die unverändert katastrophale Lage in Japan hin. Auch dreißig Traktoren der Bäuerlichen Notgemeinschaft nahmen an der Demo teil.

Nur einen Tag später hielt die BI ihre jährliche Mitgliederversammlung ab (s. Artikel Seite 4). Die 65 Anwesenden beklatschten den Mitgliederzuwachs auf 1055 Personen. Das größte Arbeitsfeld der BI sei in den kommenden Monaten die Vorbereitung des Aktionstags während der Kulturellen Landpartie (siehe Rückseite dieses Hefts).

Am 20. und 26. März wurde im Lüchower Kino der lang angekündigte Film „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“ von Edgar Hagen gezeigt. Der Baseler Regisseur war selbst vor Ort und diskutierte im Anschluss an die Vorführung mit BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Mitte März fand zudem die halbjährlich abgehaltene Atommüllkonferenz statt. Rund 70 Multiplikator/-innen aus der Anti-Atom-Szene diskutierten über die vielfältigen Probleme im Umgang mit Atom Müll. Erstmals gab es auch eine Arbeitsgruppe mit direktem Bezug auf die zu erwartenden 26 Castoren aus dem Ausland (direkte Vernetzung). Fachreferate hielten der Rechtsanwalt Dr. Ulrich Wollenteit (Recht und Verfahrensentwicklung im Umweltbereich) und der Wissenschaftler Dr. Hagen

Scherb (Genetische Risiken von ionisierender Strahlung).

Am 24. März lud die BI zu einer Anti-Fracking-Veranstaltung. Andy Georgiu von der Initiative in Korbach referierte zur Fragestellung, welche Möglichkeiten Kommunen haben, das Fracking abzuwenden. Neben vielen privat Interessierten waren auch zahlreiche Bürgermeister/-innen aus Lüchow-Dannenberg anwesend.

Vom 22. bis zum 27. April war die BI bei jeder Veranstaltung des Hamburger Literaturfestivals „Lesen ohne Atomstrom“ mit einem Infostand zugegen. An drei Abenden haben BI-Vertreter im Vorprogramm die aussichtslose Lage bei der Suche nach einem Lager für Atom Müll dargelegt. Die *Gorleben Rundschau* war erstmals offizieller Partner der „Erneuerbaren Lesetage“.

Am 25. April haben die BI und das *Gorleben Archiv* in einer gemeinsamen Veranstaltung an die Anfänge der Castortransporte vor zwanzig Jahren und deren Entwicklung erinnert. 1995 startete der erste Castortransport ins Wendland. In den Jahren 1996 und 97 erreichte die staatliche Gewalt ihren Höhepunkt. Tenor damals: „Der Staat zeigt Härte, die Menschen zeigen Charakter.“

Einen Tag später nahm die BI mit einem Infostand an der *Protest- und Kulturmeile* zum Tschernobyl-Jahrestag am AKW Brokdorf teil. Zahlreiche Besucher/-innen forderten die sofortige Abschaltung des Reaktors, der als erster nach der Katastrophe von Tschernobyl im April 1986 ans Netz ging!

Der finnische Umweltwissenschaftler Markku Lethonen betrachtet seit Jahren die Konzepte der Länder Finnland, Schweden, Frankreich und Großbritannien im Umgang mit Atom Müll. Seine umfassenden Kenntnisse auf dem Gebiet präsentierte er auf Einladung der BI während einer Info-Veranstaltung am 28. April in Lüchow. (tk)

## Jahrestag Republik Freies Wendland

Vor 35 Jahren, am 3. Mai 1980, wurde in der Nähe von Gorleben die *Republik Freies Wendland* ausgerufen. Rund 5000 Demonstranten zogen zur geplanten Tiefbohrstelle 1004. Dort besetzten sie das Gelände, um gegen weitere Untersuchungen für den Bau des Atom Mülllagers zu protestieren. Mit der Besetzung rief das „Untergrundamt Gorleben-Soll-leben“ den eigenen Staat aus. Innenminister Egbert Möcklinghoff sprach daraufhin von Hochverrat.

Auf dem sandigen Gelände errichteten die Besetzer ein Dorf mit insgesamt 110 Hütten aus Holz und Lehm, darunter zahlreiche Gemeinschaftseinrichtungen wie das achteckige Freund-schaftshaus, Gewächshäuser, Krankenstation, Frisiersalon und Mülldeponie. Auch Sauna und Badehütten gab es. Wasser wurde durch einen per Windrad betriebenen Tiefbrunnen gefördert und mit einer Solar-Anlage erwärmt.



An der Zufahrt wurde ein Grenz-übergang eingerichtet und der Wendenpass ausgestellt. Dieser war gültig „für das gesamte Uni-versum [...] so lange sein Inhaber noch lachen kann.“ Die *Republik Freies Wendland* bestand einen Monat und wurde am 4. Juni 1980 im bis dahin größten Einsatz der Bundesrepublik von Polizei und Bundesgrenzschutz geräumt. (gr)





## Wider das Verdrängen

**Endlagerung** Lässt sich Sicherheit für eine Million Jahre beweisen? Sind Endlager für hochradioaktiven Atom Müll machbar? Den Filmregisseur Edgar Hagen (*Die Reise zum sichersten Ort der Erde*) lassen diese Fragen ohnmächtig zurück. In der *Gorleben Rundschau* philosophiert er darüber, wie es möglich ist, aus dieser Ohnmacht wieder herauszukommen.

Ich für mich ganz persönlich habe kein besonderes Sicherheitsbedürfnis. Das Leben ist eine unsichere Angelegenheit. Ich weiß, dass es mich in jedem Moment kalt erwischen kann. Mit diesem Wissen habe ich durch alle Untiefen hindurch bisher gut gelebt. Es ist ein Spiel mit Anfang und Ende, von dem ich nicht genau weiß, wie es verlaufen wird. Aber darum geht es hier nicht.

Um ein sorgloses, unbeschwertes, vielleicht auch gedankenloses Leben in unserer Gegenwart zu führen, haben meine und die vorhergehende Generation rund um die Welt hunderttausende von Tonnen eines Stoffs produziert, der nun für tausende von Generationen sicher entsorgt werden muss: hochradioaktiven Atom Müll. Gelingt die sichere Entsorgung nicht, dann nehmen wir diesen vielen tausend kommenden Generationen den Lebensraum. Wir versuchen ihnen das Wasser. Wir jagen sie in die Flucht. Wir verbreiten einen Stoff, der tausenden von nachkommenden Generationen das Leben zur Hölle machen kann. Niemand kann das natürlich ernst-

**Das Zauberwort heißt Endlager.**

**Geht das?**

**Und wenn ja, wo?**

haft wollen. Deshalb versuchen wir, den hochradioaktiven Atom Müll unter Kontrolle zu halten, heute und in aller Ewigkeit. Das Zauberwort heißt „Endlager“. Es ist der Ort, an dem wir die zutiefst aus unserem Bewusstsein und unserem Blickfeld verdrängten Abfälle hintun wollen. Wir wollen uns damit aus unserer Schuld gegenüber den tausenden von nachfolgenden Generationen befreien. Die Frage ist bloß: Geht das? Und wenn ja, dann wo?

Tief unter der Erde soll der hochradioaktive Atom Müll für eine Million Jahre sicher endgelagert werden. Rund um die Welt gibt es Ideen, wo das geschehen soll. Aber bei näherer Betrachtung haben sich die meisten dieser Ideen wieder in Luft aufgelöst. „Sicher“ würde heißen, dass er dort bleibt, wo wir ihn hintun werden. Dass er nicht zurückkommt in Form von verseuchtem Wasser. Möchte ich ein solches Endlager vor meiner Tür haben? Oder sogar unter meinem Haus, wie das in der dicht besiedelten Schweiz an einigen Orten angedacht ist? Wahrscheinlich nicht. Aber ehrlicherweise muss

ich auch sagen, *ich* werde das eh nicht mehr erleben. Deshalb geht es in der ganzen Frage gar nicht um mich, es geht um die Zukunft, um unsere Kinder und Kindeskin- der... Ich habe schon mein ganzes Leben über Atomkraftwerke vor meiner Nase. Die Chance, dass noch zu meinen Lebzeiten eines dieser Atomkraftwerke hochge- hen wird und ich in die Flucht ge- trieben werde, ist real. Das Endla- ger ist auch nicht weit von meinem Wohnort geplant, aber höchst- wahrscheinlich werde ich es in meinem Leben nicht mehr sehen. Grund dafür ist, dass sich seit Mit- te der Siebzigerjahre – nicht nur in Deutschland sondern auch in vie- len anderen Ländern – heftiger Widerstand gegen Endlager for- miert hat. Wo die Endlagersucher im Auftrag der Atomindustrie und des Staates auch auftauchen, sto- ßen sie auf heftige Ablehnung der Bevölkerung. Es wurden auf der ganzen Welt schon so viele Orte als Endlagerstandorte in Betracht gezogen, dass es mir so vor- kommt, als sei inzwischen jeder Ort endlagerverdächtig – von der abgelegenen Insel auf den Philip-

pinen bis zum schwäbischen Bauernhof. Immer wenn ein solcher Ort als Option für ein Endlager auftaucht, wird von „Sicherheit“ gesprochen. „Hier“, heißt es dann im Brustton der Überzeugung, „lässt sich ein sicheres Endlager realisieren.“ Was aber heißt das im besten Fall?

Die Dreharbeiten zu meinem Film *Die Reise zum sichersten Ort der Erde* haben mich um die ganze Welt geführt. Ich wollte dieser Frage durch eigene Anschauung auf die Schliche kommen. Gegen Ende der Dreharbeiten bin ich zusammen mit dem Direktor des chinesischen hochradioaktiven Endlagerprogramms, Ju Wang, in der Wüste Gobi gelandet, am Ort, wo die Chinesen gerne zehntausende von Tonnen hochradioaktiven Atommölls vergraben würden. Ein paar Bauwagen von Ju Wangs Technikern und Forschern stehen in einer unendlichen Steinwüste, bevölkert von ein paar Kamelen und einer Nomadenfamilie. In einem Gebiet von vielen hundert Quadratkilometern sind dort von einem möglichen hochradioaktiven Endlager im Moment nur ein paar kleine Metalldeckel zu sehen, die Bohrlöcher in den Untergrund abdecken.

Ju Wang hat mir dort in bemerkenswert offener Weise in die Kamera gesagt: „Der hochradioaktive Abfall ist der gefährlichste Abfall überhaupt. Er enthält Radionuklide mit sehr langen Halbwertszeiten. Sie zerfallen über Millionen Jahre, zum Beispiel Neptunium, Plutonium oder einige andere Radionuklide. Ein solches Endlager sollte für so lange Zeiträume sicher sein. Doch es ist schwer vorzusagen, wie sich diese Radionuklide in Zukunft verhalten werden. Wir Menschen haben systematische Studien gemacht, aber in sehr kurzer Zeit für sehr lange Zeiträume. Es ist nicht leicht, die Zukunft vorzusagen.“ Was also als Sicherheit behauptet wird, sind nicht mehr als Modelle auf der Basis recht dünner Informationen angesichts der Zeiträume, um die es hier geht. Die Sicherheit, von der wir hier sprechen, hat eine religiöse Dimension. Wir könnten zwar daran glauben, dass Endlager sicher sind, dann

wären wir das Problem los. Der Glaube würde uns helfen, uns von der Schuld, von dem Verdrängten zu befreien – zumindest zu unseren Lebzeiten. Was danach kommt, werden wir eh nicht mehr selber erfahren. So habe ich auf meiner *Reise zum sichersten Ort der Erde* natürlich auch Menschen getroffen, die ein Endlager unbedingt haben wollen. Der Exemplarischste unter ihnen ist der ehemalige Bürgermeister von Carlsbad im US-Staat New Mexico. Bob Forrest glaubt mit jeder Pore seines Körpers an die Sicherheit eines Endlagers. Der Profit, den er aus diesem Glauben zieht, sind Millionen von Dollars, die in seine Stadtkasse fließen. Sicherheit bedeutet für ihn Wohlstand. Aber er meint seinen Wohlstand und vielleicht noch den seiner Kinder. Weiter geht das nicht. Doch das ist nicht genug. Das reicht nicht. In der Frage der Sicherheit von Endlagern geht es nicht um mich. Es geht um viel mehr, um unsere Zukunft.

Es bleibt uns deshalb wohl nichts anderes übrig, als uns damit anzufreunden, dass wir den hochradioaktiven Atommöll nicht auf einen Schlag in einem „sicheren“ Endlager entsorgen und damit auch verdrängen werden können. Im Gegenteil: Wir werden uns darauf einstellen müssen, dass wir uns noch sehr lange mit dem Stoff werden beschäftigen müssen. Weil es diese Art von Sicherheit nicht gibt, werden wir den hochradioaktiven Atommöll auf dem schnellen Weg nicht loswerden. Indem wir uns aber damit beschäftigen und uns für das Verdrängte interessieren, werden wir Sicherheit gewinnen und uns aus der Ohnmacht befreien. Es gibt keinen anderen Weg, „Sicherheit“ zu gewinnen, als uns all den Widersprüchen zu stellen, denen ich auch auf der *Reise zum sichersten Ort der Erde* begegnet bin. Sicherheit gewinnen wir nicht, in dem wir das Problem schnell aus der Welt schaffen, es irgendwo vergraben, sondern erstmal nur, indem wir es nicht verdrängen und uns damit beschäftigen.

**Weitere Infos im Internet unter:**  
 ● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)

**Edgar Hagen ist Autor und Filmemacher und lebt in Basel. Sein Kinodokumentarfilm *Die Reise zum sichersten Ort der Erde* (100 Minuten, 2013) erzählt die Geschichte der inzwischen fast 40-jährigen weltweiten Suche nach Endlagern für hochradioaktiven Atommöll, die bis heute weitgehend ergebnislos ist. Für den Film hat er während des Castortransports im November 2011 auch im Wendland gedreht.**



*Anlässlich der Premiere des Films am Internationalen Dokumentarfilmfestival DokLeipzig am 31. Oktober 2013 schrieb die Kuratorin Grit Lemke:*

*„Hagen blickt in die Abgründe einer geistig kranken Gesellschaft. Jener, die an eine sich zunehmend als unbeherrschbar erweisende Technologie glaubt und sie wider besseres Wissen fördert. Denn angeblich gibt es ihn, den sichersten Ort der Welt, an dem todbringender Atommöll über Hunderttausende von Jahren unschädlich gelagert werden kann.*

*In der Tradition des mittelalterlichen Schelms stellt Hagen sich dumm und möchte ihn sehen, diesen Ort. Er reist dazu um die ganze Welt, von der Schweiz nach Großbritannien, Deutschland, Schweden, China, Japan, in die USA, nach Australien und wieder zurück. Er schippert über Meere, durchquert Wüsten, stapft durch Wälder und Moore, erkundet das Innere von Bergen. Immer unwirklicher werden die Szenerien, immer weiter weg rückt der Gral. Hagen trifft Geologen und Atomlobbyisten, Umweltaktivisten, Stammesführer und Lokalpolitiker. Überzeugt von der Sache die einen, zweifelnd die anderen. Dabei ist immer viel von ‚Nachweisen‘ und ‚grundsätzlicher Machbarkeit‘ die Rede. Doch er fragt nach, scheinbar naiv. Mit dieser Erzählhaltung gelingt es ihm, sämtliche Rechtfertigungsstrategien der Atomindustrie geschickt als Konstrukt zu entlarven – in dem es schon lange nicht mehr um technische Möglichkeiten geht, sondern nur noch darum, das Unmögliche gut zu verkaufen. Ein Film über den Wahnsinn.“*





Kulturelle Landpartie



# Das Fest zum Protest

**Leben** Mitte Mai beginnt im Wendland wieder die *Kulturelle Landpartie*. Basisdemokratisch organisiert, ohne Sponsoring und unabhängig, aber keinesfalls frei von Politik, ist sie heute Aushängeschild und Entwicklungsmotor der Region. Das war nicht immer so. Torsten Koopmann und Andreas Conradt sprachen mit drei Gründungsmitgliedern über Kommerz und Widerstand, über Wurzeln und Zukunft.

**GR:** Die Kulturelle Landpartie, kurz: KLP, gibt es jetzt schon seit über 25 Jahren. Wie sah der Entwicklungsprozess bis zur „Geburt“ aus?

**Michael Seelig:** Die Kulturelle Landpartie hat mehrere Wurzeln. Eine davon sind die Kulturveranstaltungen und die Widerstandsaktionen, die über die Jahre durchgeführt wurden. Das fing an 1982: Die Gorleben Frauen hatten da vor dem umzäunten Gelände des späteren Zwischenlagers ein Café eröffnet unter dem Titel „Kein böser Bube kommt in meine Stube“. Viele der Widerstandsaktionen waren gleichzeitig Kunstaktionen. Es waren immer auch viele Künstler dabei, die den Anfang, die Durchführung und das Ende einer Demonstration mitbestimmt und mitgestaltet haben.

Dann erinnere ich an die ganz großen Sachen, zum Beispiel „Hart an der Grenze“: Drei Busse von der Gohrde über verschiedene Punkte entlang der Elbe und der damaligen Zonengrenze. Von mittags um 12 bis nachts um 12 zu 12 Stationen. Eine unvergessliche Aktion, aber eine von Gorleben eigentlich völlig losgelöste Sache. Also: Diese Demonstrationen, die eigentlich Kunstaktionen waren, sind eine der Wurzeln der Kulturellen Landpartie. Die andere Wurzel ist der Pfingstmarkt. Wir haben den in Kukate (dem Lebensort von Michael Seelig, *Anm. d. Red.*) seit 1985 gemacht, dann im Jahr 1990 haben wir erstmals die Wunde.r.punkte veranstaltet.

**Helmut Koch, genannt Profi:** Genaugenommen hieß es ja „1004 Wunde.r.punkte“.

**Brita Körner:** Und der Grund für den Wechsel zu den Wunde.r.punkten war ja, dass der Pfingstmarkt so ein Renner war, dass Ihr nicht mehr wusstet, wohin mit dem Publikum.

**Seelig:** Ja, wir sind vom ersten Pfingstmarkt an richtig überrannt worden. Wir waren völlig platt, weil so viele Leute kamen, und es wurden jedes Jahr mehr. Ich habe gleich nach dem ersten Markt gesagt: „So kann das nicht weiter gehen. Wir müssen gucken, dass sich das mehr verteilt.“ Und dann bin ich von 1985 bis 89 rumgelaufen und habe versucht, Leute zu akquirieren, die das auf ihren Höfen machen. Aber da wollte keiner. Es hat also erstmal lange gedauert, bevor wir so viele Leute zusammengekriegt haben, die bei der Strukturierung einer Idee mitgewirkt haben. Und das hat dann hier in Kukate stattgefunden. Da haben wir alle da hinten im kleinen Häuschen gesessen: Profi war dabei, Brita, Astrid Clasen, Peter Bauhaus, Elke Kuhagen (s. Bericht S. 30), Susanne Kamien und Horst Schneider. Das waren alles Multiplikatoren.

Wir haben da also zu acht gesessen und die Wunde.r.punkte richtig strategisch geplant. Und das Anschieben dieser Sache war richtige Arbeit.

Aber alle, die dann schließlich mitgemacht haben, haben gesagt: „We too, we too! Wir wollen das auch.“ Dann sind eben viele genauso Markt-Organisatoren geworden. Sie haben sich ihre Freunde eingeladen und haben das im Kleinen gemacht: „Ich muss einen Goldschmied haben, einen Töpfer, einen dies, einen das und einen Maler.“ Damit es immer ein rundes Bild gibt. Immer einen Abklatsch vom Pfingstmarkt, nur im Kleinen. Nur: Einige der kleinen Märkte sind halt auch richtig groß geworden. Und nun gibt es seit 1992 oder 94 diese ständige Auseinandersetzung zwischen den kleinen und den großen Punkten.

**Profi:** Die Achtzigerjahre, das war die Zeit ohne Castortransporte. Das war die Zeit nach 1004 (dem Hüttendorf auf der Bohrstelle 1004



**Brita Körner:** Goldschmiedin mit eigenem Punkt auf der KLP, die sich auch in freier Kunst (Objekte, Performances, Landschaftskunst) ausdrückt. Mitglied einer freien Gruppe namens Virtueller Rundling, die Gespräche und praktische Hilfe beim Altwerden bietet. Im günstigsten Fall kann daraus eine Alternative zum klassischen Altenheim entstehen.

im Jahr 1980, bei der auch die *Republik Freies Wendland* ausgerufen wurde, *Anm. d. Red.*), nach dem Treck (Traktor-Treck von Gorleben nach Hannover 1979, *Anm. d. Red.*). Die BI (Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg, *Anm. d. Red.*) suchte händierend nach Möglichkeiten, den Widerstand auch nach außen zu transportieren. Das waren graue Jahre. Und 1989 fiel plötzlich die Mauer.

Da gab es dann ganz schnell die Idee, bei Bergen an der Dumme – auf der Grenze! – ein Kulturfestival zu machen. Das hat dann nicht geklappt, war aber Thema bei den Gesprächen über die Gründung der Wunde.r.punkte. Später hat sich daraus *Local Heroes* entwickelt.

Seit 1984/85 gibt's den *Kulturverein Platenlaase*, der ja auch ein Bestandteil dieses Widerstands und dieser Kultur ist. Daraus ist dann wieder *ZERO* entstanden (lokales Szeneblatt, *Anm. d. Red.*). Es waren immer wieder die gleichen Leute, die zusammengesessen und überlegt haben, was man tun kann.

**Körner:** Wir haben Seiten vollgeschrieben mit möglichen Namen, wie wir das Kind nennen wollen. Klassisches Brainstorming. Die „Wunde.r.punkte“ sind es dann geworden, und der Reiz an diesem Wort war eben das R in der Mitte.

**Seelig:** Die Wunde.r.punkte waren ein politisches Programm. Da war ganz klar: Wir sind hier Gorleben-Gegner, wir zeigen unseren Widerstand, wir zeigen unsere Lebenskonzepte als Alternative, und wir zeigen die wunderbaren und die wunden Punkte. Im Vordergrund standen nicht Kunst und Kunsthandwerk, sondern zum Beispiel das Frauen-Forum. Die Bürgerinitiative hat ein großes Camp gemacht, die Wendland-Kooperative Widerstands-Theater. Die Anthroposophen waren dabei, der BUND, der Bund Naturkunde, Biobauern



als politisches Programm und so weiter.

**Kärner:** Und genau deswegen wollten wir das Kind dann auch im fünften Jahr beerdigen.

**GR:** Wieso denn das?

**Profi:** Das wurde von einer relativ kleinen Gruppe organisiert und wuchs uns einfach über den Kopf. Die Frage war: Wie soll man das trotz der inhaltlichen Klammer mit dem vorhandenen Personal noch bewältigen? Da haben wir gesagt: Das schaffen wir nicht, das muss neu konzipiert werden, wir fressen jetzt den Fisch auf, und dann ist erst mal Ruhe.

**Kärner:** Wir hatten auch damals schon die inhaltliche Diskussion um die Qualität der Aussteller. Nach dem Motto: Wenn wir hier Kunsthandwerk ausstellen, dann wollen wir, dass das Perlen sind. Und dann haben wir ein einziges Mal eine Jury gemacht: Es haben sich etliche Leute aus unserem Kreis dazu angemeldet, die gerne daran teilnehmen wollten. Aber wir haben uns erdreistet zu sagen: Nö, zu viel Hobby oder so. Wir haben einigen Leuten gesagt: „Du darfst nicht mitspielen!“ Das waren aber zum Teil Leute, die in der BI oder anderweitig politisch so

### Die Wurzeln liegen im Widerstand gegen Gorleben

was von aktiv und korrekt waren. Und wir waren in unserem Programm „Wunde.r.punkte“ gefangen, denn diese Leute waren ja Kämpfer gegen die wunden Punkte. Und ob sie dann auch noch aus Baumstämmen Zwerge schnitzten, das sollte dann keine so große Rolle mehr spielen. Wir kamen in Teufels Küche mit diesem Programm, unserer eigenen politischen Absicht gerecht zu werden und unserem künstlerischen und kunsthandwerklichen Anspruch.

**Seelig:** Wir haben ja versucht, die Wunde.r.punkte zu Grabe zu tragen: 1994 haben wir sie mit einem großen Fest beendet. Tja, es hat keine drei Monate gedauert, dann ging wieder was los.

**Kärner:** Ja, da gab es welche, die gesagt haben: „Wir sind das Volk!“

**Seelig:** Wir wollten inhaltlich aufrecht bleiben. Man kann nicht eine politische Veranstaltung gegen Gorleben auf die Fahnen schreiben und Batik und Töpfersachen anbieten. Das hat nicht mehr zusammengepasst, weil die Kunsthandwerker-Sache gewachsen war. Und man kann nicht unter dem Etikett „Widerstand“ Kunsthandwerk verkaufen.

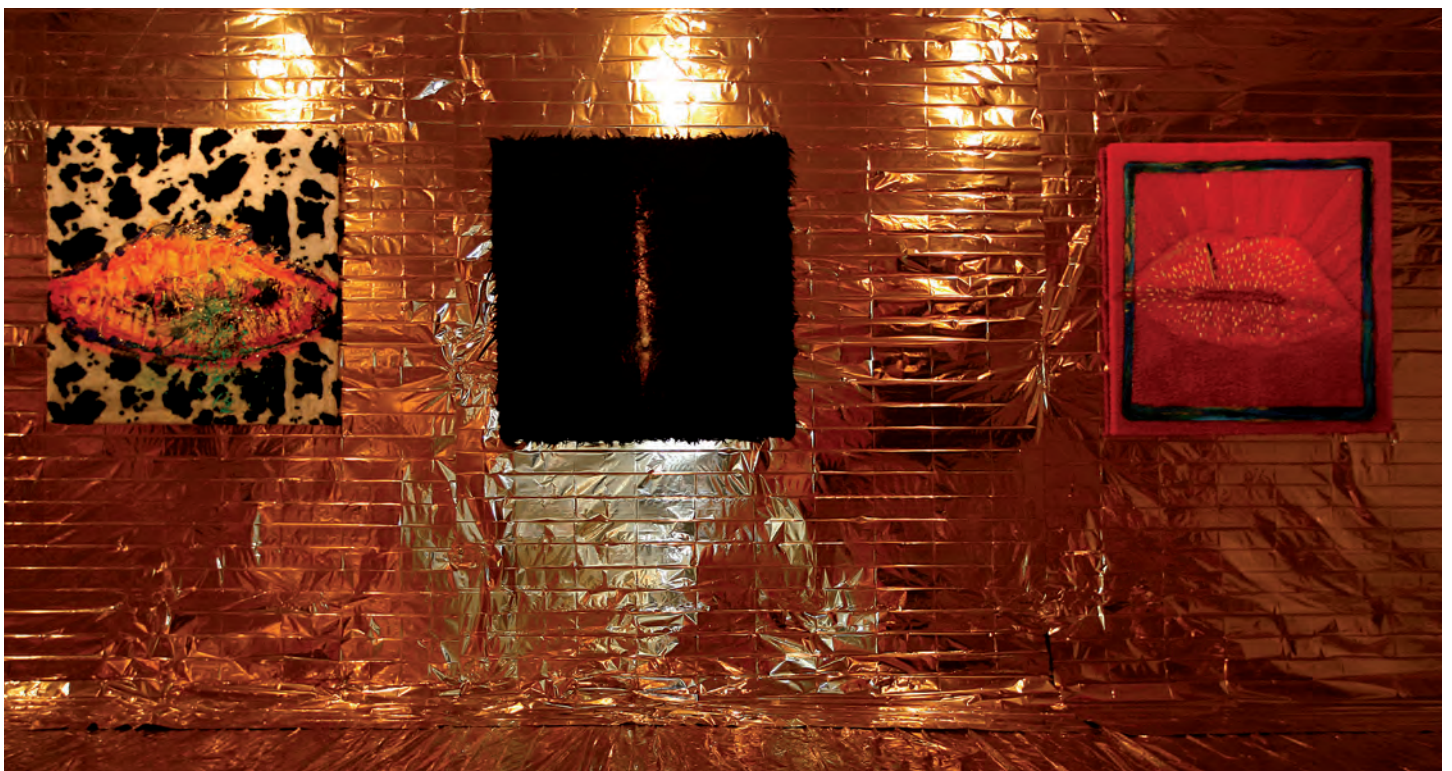
Als die Veranstaltung 1995 unter

dem Namen Kulturelle Landpartie neu ins Leben gerufen wurde, war ganz klar: Wir machen eine Kulturveranstaltung, und dazu stehen wir auch. Es hat sich von einer eindeutig politischen Veranstaltung gewandelt zu einer Kulturveranstaltung.

**Profi:** Ich gebe zu, dass ich die Einladung geschrieben habe zum Leben ohne Wunde.r.punkte. Aber wie gesagt: 1995 lebte das Kind doch wieder auf, dann unter dem Namen Kulturelle Landpartie.

**GR:** Welche Rolle spielt die Gorleben-Problematik heute noch auf den einzelnen KLP-Punkten?

**Seelig:** Also diese Diskussion ist so überflüssig wie ein Kropf. Alles, was wir als Kulturelle Landpartie gemacht haben, ist ein Ausdruck des Widerstands. Von Anfang an gewesen. Es ist nichts anderes! Es ist sozusagen Basisarbeit der Bürgerinitiative. Oder eine Aktionsform der Bürgerinitiative. Und fast alle, die sich in der KLP engagieren, sind auch gleichzeitig BI-Mitglieder. Also was soll diese Differenzierung. Ich brauch' mich doch nicht immer hinstellen und zu sagen „Jetzt bin ich BI-Mitglied; jetzt bin ich Aktionsform Kulturelle Landpartie.“ Es ist völlig identisch.





**Profi:** Es liegt an den einzelnen Leuten und an den einzelnen Punkten, was sie da tun. Ich glaube, dass es auf den einzelnen Punkten viel mehr Gorleben-Thematik gibt, als plakatiert ist. Das ist nämlich genau die Frage: Was passiert in den Gesprächen? Was ist, wenn man miteinander kommuniziert? Ich glaube, dass es eine Diskrepanz gibt zwischen dem, was beschlossen wurde und offiziell gemacht wird, und dem, was stattfindet.

**Kärner:** Und dem, was da sichtbar ist. Über Dritte, Vierte, Fünfte, Sechste.

**Seelig:** Es ist ja eigentlich völlig klar und völlig unstrittig bei allen: Die Kulturelle Landpartie ist eine Aktionsform, die aus dem Widerstand entstanden ist. In unserem Aufruf von Ende 1989 oder Anfang 90 hieß es: „Kommt her! Guckt uns an! Wir sind die Chaoten! Macht Euch ein eigenes Bild von dem, was hier zerstört werden soll.“ Und die Besucher wissen doch, Herrgott nochmal, dass dies eine Veranstaltung der Aktivisten ist.

**Profi:** Vielleicht nicht die Leute am Küstener Kuchen-Punkt ...

**Seelig:** Glaubst Du denn wirklich, dass Du mit Information was erreichst? Nein! Mit Belehrung, bitteschön, das lass' doch mal. Wir haben doch gerade diese Aktionsform gewählt, um den Leuten ganz andere Zugänge zu ermöglichen. Und zwar emotionale Zugänge. Zugänge über Landschaftskunst-Aktionen in den ersten Jahren, um den Leuten zu zeigen: „Wir sind die Chaoten. Kommt her. Schaut, was wir alles bewerkstelligen, was wir machen und können. Und guckt Euch die Lebenskonzepte und die Ideen der Leute an, die hier im Widerstand tätig sind.“

**Profi:** Ich zitier' das einfach mal aus dem ersten Aufruf: „Der Zusammenschluss jener, die hier aktiv werden, ist weder rein zufällig, noch beliebig. Die gemeinsamen Wurzeln liegen im Widerstand gegen die Atomanlagen und dem Lebensgefühl, Anderes zu wollen,

als abhängig zu arbeiten und sich feierabends vom Fernseher leben zu lassen. Das, was über Pfingsten gezeigt, demonstriert, ausgestellt werden soll, ist nicht die Spitze des Eisberges, die politische Demonstration, sondern ein Teil der Kultur dieser Region, der versucht, der Entfremdung der Arbeit, der Trennung zwischen Leben und Produzieren, der Zerstörung von menschlichen Bindungen in der modernen Industriegesellschaft entgegenzuleben. Jeder auf seine Art. Widerstand gegen Atomanlagen beschränkt sich nicht auf spektakuläre Aktionen und ist nicht auf den Bereich Atom begrenzt, sondern zieht sich durch alle Bereiche des Lebens. Widerstand ist tägliches Leben. Dieses Tägliche kann aber auch zermürben; da findet Vereinzelung statt, und der Gesichtskreis verengt sich.“ Also: Der Kernsatz war. Wir zeigen, was wir tun, wenn wir nicht demonstrieren.

**GR:** Warum war das wichtig?

**Profi:** Das war wichtig, weil die Demonstrationen alleine nie die Jahrzehnte überdauert hätten. Und die BI weiß das. (grinst)

**Seelig:** Wir hatten ja ein so schlechtes Image!

**Kärner:** Vorurteile noch und nöcher!

**Seelig:** Man denke mal bitte an den Herrn Kanther (Manfred Kanther (CDU), Bundesinnenminister von 1993 bis 1998, *Anm. d. Red.*), der uns beschimpft hat als „unappetitliches Pack“ Selbst Herr Trittin (Jürgen Trittin (Grüne), Bundesumweltminister von 1998 bis 2005, *Anm. d. Red.*): „Singer und Latscher, die nach Gorleben laufen!“ Von allen Politikern, von allen, bitteschön, über alle Fraktionen hinweg, sind wir beschimpft worden als die Krawallmacher, als die Chaoten, als Stinktiere und was weiß ich noch alles.

**Profi:** Es ging ja auch für den Widerstand darum, Multiplikatoren zu haben. Nicht nur im Wendland – überall! Und viele von uns kamen ja von außerhalb, Zuzug'ne



**Michael Seelig:**  
Erfinder des  
Pfingstmarkts  
auf seinem Hof  
in Kukate, später  
Mitbegründer der  
Wunde.r.punkte  
und Mit-Organisator der KLP.  
Betreibt heute –  
auch, aber nicht  
nur als KLP-Punkt  
– die *Grüne Werkstatt Wendland*,  
um das kreative  
Potenzial der  
Region weiterzu-  
entwickeln.

wie ick, ne?! Wir wollten unseren Freunden natürlich auch einen Zugang ermöglichen. Es war also von Anfang an immer das Bewusstsein dabei, dass wir den Widerstand nach außen tragen und damit mal zunächst und in erster Linie die Leute erreichen müssen, die wir kennen. Und denen was anderes anbieten, als die 27. Demo.

**Kärner:** Und wir hatten ganz schön viel Lust, unser eigenes Niveau nach außen zu tragen. Also auf einer Demonstration so vielfältig zu sein, wie wir vielfältig sein können als Kulturarbeiter und -arbeiterinnen. Das kann eine Demonstration nicht liefern. Sabotageakte schon gar nicht, die in diesen Zeiten auch stattgefunden haben. Aber wir waren in der Lage, dieses ganze Problem auch auf eine andere, sinnliche und intellektuelle Art und Weise zu betrachten und auszuarbeiten. Dafür haben wir uns selbst einen Rahmen geschaffen und damit eine viel größere Öffentlichkeit neugierig gemacht und denen vermittelt: „Ach, wir sind auch gemeint?!“ Es ging nicht nur ums Demonstrieren, wo man vielleicht Bedenken hatte, weil sich das bis damals noch nicht gehörte in den Familien. Bei irgendwelchen Platzbesetzungen haben zumindest diejenigen, die von uns daran beteiligt waren, gewusst: Wir müssen den Medien Bilder liefern. Und die müssen immer einen Überraschungseffekt haben.

**GR:** Wenn man auf die jüngeren Kollegen im Organisationsteam der KLP schaut: Gibt's da eine Veränderung gegenüber den „Alten“?

**Profi:** Na klar hat sich das verändert. Die ganze KLP hat sich verändert.

**Kärner:** Nee, nee! Ich glaube dass genau das, was Profi eben vorgelesen hat, sich überhaupt nicht geändert hat! Ich glaube, dass die, die jetzt im Rat sitzen, das genauso unterschreiben.

**GR:** Alle?

**Kärner:** Alle! Sonst wären sie da





auch nicht im Rat. Dass es trotzdem andere Leute gibt, die nicht bei jedem Schritt, den sie machen, überprüfen, ob das denn nun auch noch dahin gehört, das sei dahingestellt. Aber die Absicht – auch von denen, die die Organisation machen – deckt sich mit dem Aufruf.

**Profi:** Seit vielen Jahren haben wir die „AG Neue Punkte“, und da wird schon ein bisschen gefiltert. Da machen wir natürlich keine Gesinnungskontrolle, aber es gibt Leute, die fallen von vornherein durch die Raster. Bei jedem ist natürlich der Zugang, die persönliche Geschichte anders. Damals, als das mit den Wunde.r.punkten losging, waren wir von der Sozialisation relativ homogen, auch wenn wir aus unterschiedlichen Berufen kamen. Aber was Gorleben und den Widerstand betrifft: Das war ja der Grund des Hierseins. Das ist heute nicht mehr so.

**Seelig:** Ich glaube auch, dass die Diskussion von einem sehr harten Kern innerhalb der Kulturellen Landpartie immer wieder gefordert wird. Ich sehe auch dieses „Fest“, was da in Gorleben ins Leben gerufen wurde (den Aktionstag an den Atomanlagen in Gorleben am 22. Mai, *Anm. d. Red.*), sehr kritisch!

**Kärner:** Zu Recht! Es ist nichts Neues!

**Seelig:** Nein! Es ist rückwärtsgerichtet. Und wir wissen auch, dass es nicht funktioniert. Also zumindest nicht so, wie man sich das wünscht oder wie es eigentlich sein sollte, weil alle es nur mit

Druck und schlechtem Gewissen machen.

**Profi:** Viele außerhalb der KLP, die nach solchen „Aktionstagen“ verlangen, haben keine Ahnung, wie sich jemand, der einen KLP-Punkt hat, am zehnten Tag der Landpartie fühlt: So was von überkommuniziert! Du hast mit so vielen Leuten gesprochen und was gemacht. Du hast die ganze Vorbereitung am Hals, Du hast hinterher noch die Nachbereitung. Und jetzt da rausgehen? Ich glaube, dass das eine unheimliche Belastung ist, und eigentlich soll ja bei der KLP der Spaß und die Freude im Vordergrund stehen.

**GR:** Ihr habt schon von Kunstaktionen verschiedener Art gesprochen, die zwar Wurzel der KLP, aber zunächst unabhängig höchstens personalidentisch mit ihr waren. In den letzten zehn Jahren hat es solche Aktionen nicht mehr gegeben. Warum?

**Kärner:** Wir werden ja auch älter!

**Seelig:** Aber dafür passieren jetzt andere Sachen.

**Kärner:** Die Entwicklung gehört dazu.

**Seelig:** Eine Vielfalt von diesen Kunstaktionen ist zwar immer wieder neu, aber abgelebt. Es muss was Neues kommen. Ich mache jetzt die *Grüne Werkstatt*, und das hat den gleichen Hintergrund, die gleiche Zielsetzung, den gleichen Effekt, aber auf einer ganz anderen Ebene als die Kunstaktionen. Es kommt darauf an, dem Landkreis Lüchow-Dannenberg ein Image zu geben, das kre-

ativ, vielfältig und innovativ ist. Der Widerstand in Gorleben hat sich immer wieder mit Überraschungsaktionen nach außen präsentiert, war immer wieder kreativ, und selbst wo niemand mehr dran gedacht hat, sind wir noch drauf gekommen. Wir haben uns über den Widerstand als kreative Region etabliert. Das müssen wir jetzt aufgreifen und mit dem Pfund wuchern.

**Kärner:** Ein weiteres Beispiel ist die *Freie Bühne Wendland*. Die hat sich entwickelt aus langjähriger Arbeit. Und es ist überhaupt keine Frage, dass die Leute, die da mitspielen, alles Gorleben-Gegner sind. Oder diese Unmenge an Chören, die es hier gibt! Also: Die gesamte kulturelle Entwicklung in Lüchow-Dannenberg hat so sehr was mit unseren Anfängen und unserer Entwicklung hier zu tun. Das darf man sich ruhig mal vergegenwärtigen und auch auf die Fahne schreiben.

**Seelig:** Noch mal einen Schritt zurück: Die Kulturelle Landpartie ist keine Kulturveranstaltung, die die Interessen und die Erwartungen von Besuchern erfüllt. Dann müsste man nämlich immer daselbe reproduzieren und ein Programm abspulen. Wir brauchen aber neue Impulse und Ideen. Man muss gucken, was wirkt.

**GR:** Es taucht immer wieder der Vorwurf auf, dass der Geist der Freien Republik in den letzten Jahren dem Konsumgedanken gewichen ist. Wie seht Ihr das?

**Kärner:** Wenn Du vom (I)acht „Geist der Freien Republik“ sprichst, dann gilt es auch das mit Inhalt zu füllen, nämlich auch mit dem historischen Inhalt, dem Utopie-Gedanken und dem Wolkenskuckucksheim. Die ungeheure Kraft des Neuen, das wir da erfunden haben, kann man nicht zwingen. Diesen Geist kannst Du beleben und befruchten, oder sehen, wie er eingeht.

Ich kann den gestiegenen Geldumsatz ja auch positiv sehen, weil mit Hilfe der Kulturellen Landpartie weitaus mehr Leute selbstständig von ihrer Arbeit leben können,





als ohne die KLP. Und das ist zu befeiern und zu befeiern und zu befeiern! Das ist sehr schön. Manchmal läuft das natürlich darauf hinaus, dass man nicht an jeder Widerstandssitzung oder an jeder Aktion teilnehmen kann.

Anders sieht es für mich aus bei den großen Märkten, weil dort eben nicht mehr gesichert ist, dass alle Aussteller im Sinne des vorhin gehörten Aufrufs leben. Da gibt es schon Sachen, die nicht mehr in meinem Sinne laufen.

**Profi:** Ich will an der Stelle nochmal zitieren: „Selbstbestimmte, nicht entfremdete Lebens- und Arbeitsformen benötigen aber auch einen Markt, der allein im Wendland nicht zu finden ist. Deshalb ist diese Aktion genauso Werbung. Wir wollen den Rest der Republik erreichen. Das Bewusstsein ebenso wie den Geldbeutel.“ Das heißt: Der Gedanke, von seiner Arbeit hier leben zu wollen, der steckt da durchaus drin. Die Diskussion darum, die ist eigentlich auf dem Plenum der Landpartie ständig gegenwärtig, in verschiedensten Formen, nur wird das außen nicht wahrgenommen.

**Seelig:** Die Diskussion, die die Kommerzialisierung einer Kulturveranstaltung als negativ darstellt, die ist so beknackt! Wie, bitte schön, sollen denn kreative Leute überleben, wenn sie nicht verkaufen? Wie soll es denn funktionieren, bitteschön, in einer Region weitab aller Autobahnen, ohne Zuganbindung, inmitten schöner Natur, aber: Man darf auch kein Geld verdienen! Diese Diskussion ist so ab von jeder Realität! Natürlich sind alle diejenigen, die da ihr Geld verdienen und ihr Geld verdienen müssen und *sollen*, Atomkraftgegner.

**Profi:** Die meisten, die der KLP Kommerzialisierung unterstellen, sitzen in wohlbestallten Arbeitsplätzen und haben überhaupt keine Sorgen, wie sie am nächsten Wochenende ihre Hütte heizen sollen. Es gibt eine Diskrepanz zwischen der Außendarstellung und dem, was innerhalb der KLP passiert. Auf der anderen Seite: Bei 500 bis 800 Beteiligten an der

Landpartie – da kannst Du keine Gesinnungskontrolle bei allen machen. Da kannst Du auch nicht bei allen nachgucken, ob das wirklich selbstgemacht ist. Und den Grundsatz gibt's nach wie vor: Selbstgemacht!

**GR:** Braucht es die KLP noch, wenn es tatsächlich dazu kommen sollte, dass Gorleben als Endlagerstandort aufgegeben wird. Und was wird dann ihre Aufgabe sein?

**Profi:** Dann wird ihre Aufgabe sein, den Salzstock zu beleben (lacht). Die Wettbewerbe hatten wir doch bei der KLP schon lange.

**Seelig:** Es gab da vor 15 Jahren mal ein Gutachten der Landesregierung. Aber es ist eine rein hypothetische Frage.

**GR:** Warum?

**Seelig:** Weil Gorleben nach wie vor *der* Standort sein wird. Da gibt's jetzt ein bisschen Geplänkel, aber letztendlich ist völlig klar: Es geht gar nichts anderes als Gorleben.

**Profi:** Es ist doch allen klar, dass das nur Augenwischerei ist. Es geht darum, den Widerstand zu schwächen, indem man Reizpunkte wegnimmt.

**GR:** Ist die KLP eine Besonderheit der Region, oder gibt es das woanders auch?

**Seelig:** Die Kulturelle Landpartie war kürzlich angefragt, das Konzept in der Nähe von Fulda vorzustellen. Da erst habe ich an der Reaktion der Leute gesehen, welches Alleinstellungsmerkmal wir wirklich haben. Es gibt Kulturveranstaltungen landauf, landab. Aber das, was wir machen – in der Konstellation, in der Dichte, mit der persönlichen Hingabe – das ist schon einmalig.

**Kärner:** Landpartien gibt es woanders auch. Aber was dort fehlt, ist der politische Impuls. Der ist nicht gegeben.

**Profi:** Der Gorleben-Widerstand hat Leute mit einer bestimmten



**Helmut Koch:** Nennt sich selbst APO-Opa, wird von anderen im Landkreis nur „Profi“ genannt und ist – als Alt-Linker – wegen Gorleben und der Möglichkeit, dort „anders“ leben zu können, ins Wendland gezogen. Gestaltet als gelernter Schriftsetzer heute die lokale Szene-Zeitschrift ZERO. War und ist Organisator der KLP, hat aber nie einen eigenen Punkt gehabt.



**GR-Redakteur Torsten Koopmann im Gespräch mit (v.l.) Michael Seelig, Helmut Koch und Brita Kärner**

Lebensvorstellung hierher gebracht. Und die wollten mehr machen als eine Demonstration, hatten andere Vorstellungen vom Leben. Dadurch gibt es hier eine Häufung, die man anderswo so nicht findet.

**Seelig:** Ich war vor einiger Zeit auf der *Grünen Woche* in Berlin (Ernährungs-, Landwirtschafts-, Gartenbaumesse, *Anm. d. Red.*). Da stellte die Region Teutoburger Wald ein ganz ähnliches Konzept wie die Kulturelle Landpartie aus. Als ich dann jemanden auf dem Stand ansprach, erzählte der mir begeistert, dass er im Wendland gewesen sei und sich überlegt hätte, so eine Landpartie als touristisches Event doch auch woanders aufziehen zu können ... Das hat drei Jahre funktioniert, und nun ist es wieder weg.

**Profi:** Ein weiterer Geist der Landpartie ist die immerwährende Auseinandersetzung mit dem, was wir tun wollen. Ist das, was wir tun, richtig? Wollen wir das anders machen?

Jedes Jahr könnte sich eine Gruppe als Rat mit einem neuen Konzept präsentieren und zur Wahl stellen. Dabei werden nicht einzelne Leute gewählt, sondern ein bestimmtes Konzept. Dieses Konzept wird immer wieder verändert und in Frage gestellt. Wenn da irgendein Veranstalter auftritt und sich die Leute zum Markt einkauft – das ist etwas ganz anderes!

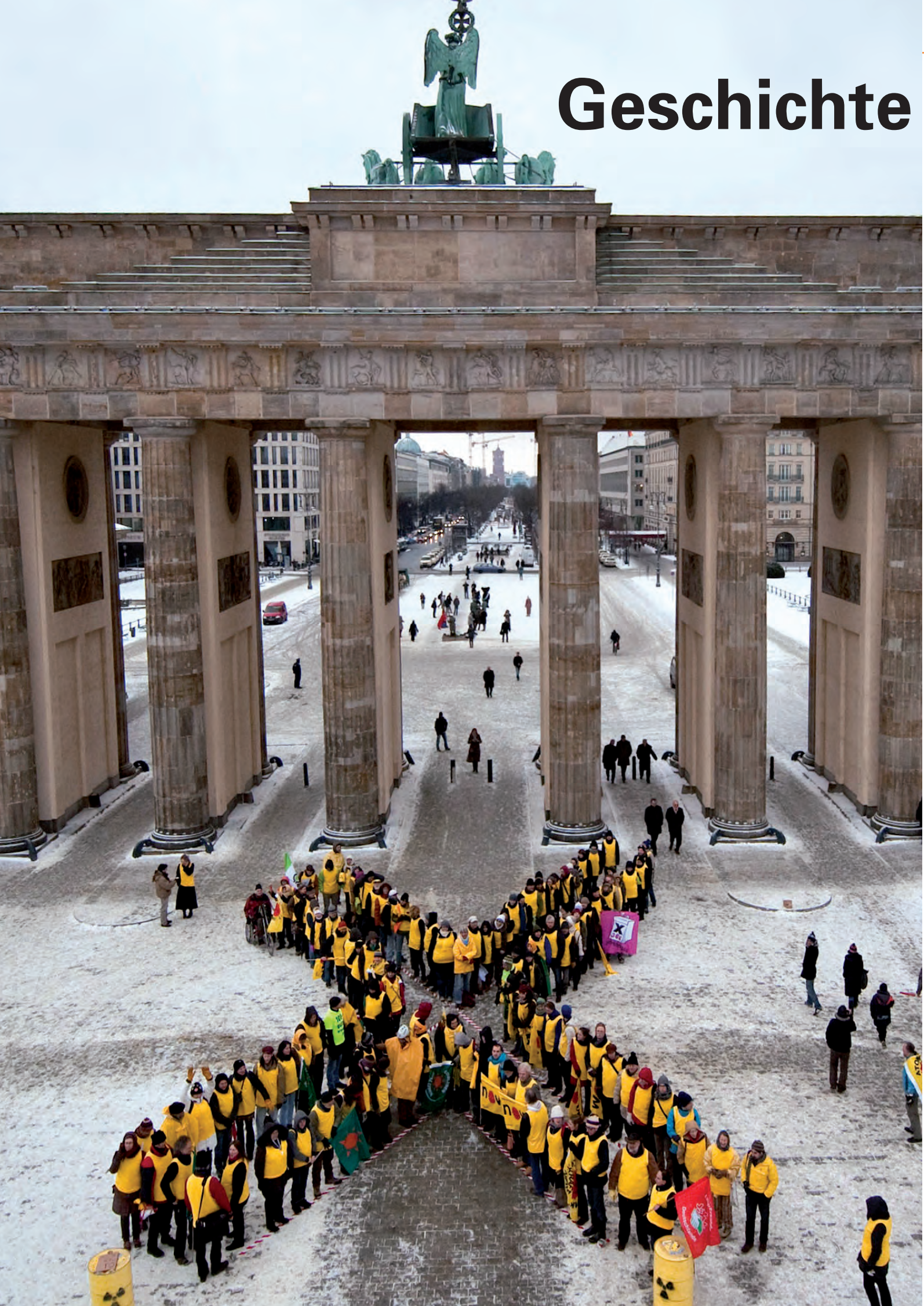
**Seelig:** Heute ist die Kulturelle Landpartie das Aushängeschild der Region. Es laden viele Leute ihre Freunde explizit zur KLP ein: „Da ist hier richtig was los!“

Also: Letztlich haben wir genau das erreicht, was wir wollten: Das Wendland ist als eine kreative Region etabliert und auch innerhalb der Region komplett anerkannt. Es ist die Veranstaltung der Leute von Lüchow-Dannenberg. Wir haben anfangs große Schwierigkeiten gehabt. Das hat sich komplett gedreht!

**Weitere Infos im Internet unter:**  
 ● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)



# Geschichte





# wiederholt sich

**Endlagersuche** Die Ankündigung klang verheißungsvoll. Einen Neuanfang in der Endlagersuche stellte die Bundesregierung 2014 in Aussicht, gemeinsam mit allen Akteuren und vor der Erkenntnis einer jahrzehntelang verfehlten Atompolitik. Im Wendland allerdings, in der gesamten Anti-Atom-Szene, war man von vornherein skeptisch, dass dieser Versuch ernst gemeint war. Und sieht sich nun bestätigt. Von Martin Donat.

Auch wenn der Parlamentarische Untersuchungsausschuss Gorleben mit zwei Abschlussberichten der damaligen schwarz-gelben Regierungskoalition und der damaligen Oppositionsparteien endete, die unterschiedlicher nicht hätten sein können, machten dennoch beide auch den glühendsten Befürwortern eines Endlagers in Gorleben gleichermaßen klar: Ein monolithischer Weg zu ausschließlich diesem einen Standort hätte hohe juristische, technische, geologische und politische Risiken geborgen. Eine vernünftige, wissenschaftsbasierte Abwägung aller Optionen und Alternativen in der Vergangenheit konnte weder in Bezug auf die Auswahl des Standortes, noch der technischen Optionen belegt werden. Offensichtliche geologische Schwächen und Risiken bereiteten selbst den größten Eiferern auch nach mehreren Jahrzehnten der Anpassung der Kriterien an die am Standort vorgefundenen Fakten starke Kopfschmerzen. Und trotz Zahlung großer Summen von „Wohlvhaltensgeldern“ an die betroffene Kommune und Initiierung zahlreicher „Dialoge“ stellte sich die erhoffte und international erwünschte regionale und gesellschaftliche Akzeptanz des Standortes auch bei großzügigster Auslegung nicht ein. Noch unter Umweltminister Norbert Röttgen und nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima wurde ein Endlagersuchgesetz von einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe auf den Weg gebracht. Dieser Gesetzentwurf konnte zwar selbstverständlich die vorherigen eklatanten Fehler und Sicherheitslücken nicht „heilen“, aber er beinhaltete

tete alle Elemente eines Verfahrens, das die Endlagerung „streitfrei stellen“ und damit vor allem den Klagen der Bevölkerung und der gerichtlichen Überprüfung entziehen sollte. Den Gegnern eines Endlagers in Gorleben wurde das Verfahren dadurch schmackhaft gemacht, dass die Hardliner ihnen erstmals einen Standortvergleich, also die Prüfung auch anderer Standorte, zugestanden. Schon in der Frage der Anzahl der zu untersuchenden geologischen Formationen und der Untersuchungstiefe schieden sich jedoch die Geister. Wie so oft, versteckten die Teufel sich im Detail. Die Rechtsanwälte der Atomkonzerne und der Atomparteien würden ihre exorbitanten Gehälter nicht bekommen, wenn sie es nicht verstünden, ihre Aufträge komplexer zu formulieren, als diese sich in einem Zeitungsartikel wiedergeben lassen. Eines machte die schwarz-gelbe Regierung aber klar: Der willkürlich benannte und geologisch ungeeignete Standort Gorleben würde trotz aller politischen Einflussnahmen, Lügen und Trickereien aus politischem Kalkül wieder mit von der Partie sein, und ob er sich überhaupt einem ernsthaften Vergleich würde stellen müssen, wäre reine Auslegungssache.

Den Spitzen der damaligen Oppositionsparteien, seinen Amtsvorgängern Gabriel und Trittin, konnte Umweltminister Altmaier das Standortauswahlgesetz (Stand AG) in seiner privaten Küche unterjubeln. Nicht ganz unmaßgeblich dürfte dabei gewesen sein, dass Atommüll für alle politisch Verantwortlichen ein ungeliebtes Thema darstellt, aus dem sich politischer Gewinn kaum schlagen lässt. Alle Entscheidungen sind extrem langfristig angelegt,

Die Umweltminister kommen und gehen – der Schandfleck Gorleben bleibt



Jürgen Trittin (Grüne) bei der Castor-Demo 2010



Sigmar Gabriel (SPD) besucht die Schachtanlage ASSE



Norbert Röttgen (CDU) während einer Kreistagssitzung in Lüchow-Dannenberg



Peter Altmaier (CDU) bei einer Podiumsdiskussion in Lüchow



Barbara Hendricks (SPD) bei ihrem Antrittsbesuch im Wendland



bestehende Genehmigungen und Rechtsrahmen lassen sich kaum antasten und bestenfalls geschieht gerade einmal – nichts. Die vier beteiligten Bundestagsparteien drängten darauf, das Thema aus dem Bundestagswahlkampf zu halten. Schon zu diesem Zeitpunkt wäre ein Gesetz in Kraft getreten, dass Umweltverbände und Initiativen als Gorleben-Durchsetzungs-Gesetz beurteilten und das Chancen für andere Standort-Optionen lediglich als ein juristisches Alibi vorhielt.

Mit der Niedersachsenwahl wurde jedoch auf den letzten Metern noch einmal die Debatte eröffnet, denn die neue rot-grüne Landesregierung versagte ihre Zustimmung zum Gesetzesvorschlag und forderte den Ausschluss des geologisch ungeeigneten und politisch verbrannten Standortes Gorleben. Nach einer Audienz bei den Parteispitzen in Berlin blieben von dieser Forderung allerdings nur marginale Nachbesserungen, der Stopp von Castortransporten nach Gorleben und die Evaluation des Gesetzes durch eine Enquete-Kommission übrig. Jener „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfälle“ versagten Umweltverbände und Initiativen ihre Mitarbeit, da sie nach den Vorstellungen der Bundespolitik fundamentale Voraussetzungen und Fragen schlichtweg ausklammerte und die Politik sich vorsorglich die Stimm- und Deutungshoheit sicherte. Die historische Chance für ein reines Rahmengesetz und die Eröffnung einer ernsthaften gesellschaftlichen Debatte über den Atommüll und die Beendigung dessen Produktion hatte die Politik mit dem Gesetz vertan. Nach mehreren Konferenzen mit verantwortlichen Landes- und Bundespolitikern, in denen tatsächlich harte Kriterien verhandelt wurden, fiel die Verhandlungsmacht der Umweltbewegung in sich zusammen, als sich unerwartet doch zwei Vertreter von Umweltverbänden zur Mitarbeit bereitfanden. Esmageine Rolle gespielt haben, dass innerhalb dieser Organisationen auch Parteivertreter einen gewissen Einfluss

**Diese Kommission brauchen die Bürger nicht**

entfalten. Diese Kommissionsmitglieder gehen allerdings offenbar davon aus, in der Endlagerkommission tatsächlich einen konstruktiven Einfluss ausüben zu können, eine Einschätzung, die quasi alle Anti-Atom- und Standortinitiativen, sowie die langjährig mit dem Thema Atommüll befassten Umweltverbände nicht teilen.

Die von den Politikern in diesem Prozess am häufigsten benutzten Worte waren „Vertrauen“ und „Verantwortung“, wobei sie nicht auf ihre eigene Zuständigkeit für den Atommüll oder die unausweichliche Verantwortung der Abfallversucher und Profiteure abzielten, sondern unverfroren „uns alle“ in die Kollektivhaftung nahmen. Während die Energieversorger vordergründig durch ihre Mitarbeit in der Kommission Teil dieses Atommüllkonsenses waren, beklagen sie neuerdings hinterhältig die Grundlagen jener Einigung, nämlich Atomausstieg, Atomgesetz und Stopp der Castortransporte nach Gorleben, mit Dutzenden von Klagen auf allen gerichtlichen Ebenen. Während noch die Diskussion über einen öffentlich-rechtlichen Fond zur Sicherstellung des atomaren Rückbaus und der Atommülllagerung in vollem Gange ist, hat der Energieversorger E.ON einfach längst Fakten geschaffen, in einem beispiellosen „Greenwashing“ den zukunftssträchtigen und profitablen Bereich erneuerbarer Energien ausgelagert und seine ungedeckten Rückstellungsmillionen bei den veralteten Kraftwerksruinen zurück gelassen.



Während die Kommission in Arbeitsgruppen zerfiel und sich in Geschäftsordnungsdebatten und Terminfindungen aufrieb, wurden alle relevanten Atomentscheidungen außerhalb der Kommission getroffen. Trotz eines gemeinsamen Lippenbekenntnisses für die Entsorgung des Atommülls im Inland, versuchte das in der Kommis-

sion beteiligte Nordrhein-Westfalen hochradioaktiven Atommüll in die USA zu exportieren. Für den Verbleib der 26 noch ausstehenden Castorbehälter aus den Plutoniumfabriken Sellafeld und La Hague hatten Bund, Länder und Umweltministerium eine Lösung jenseits von Gorleben bis Ostern 2014 zugesichert, die jedoch lange noch nicht in Sicht ist und dennoch längst von den Atomkonzernen vehement beklagt wird.

Vor dem Hintergrund der Klagen der Energieversorger und der offensichtlichen Unfähigkeit und Unwilligkeit von Kommission und Politik, in all diesen Fällen gesellschaftlich akzeptable Lösungen herbei zu führen, versagten die Organisationen Greenpeace und .ausgestrahlt sowie auch die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg vergangenen Oktober eine zehnminütige Anhörung zur Gesetzesevaluation. Als langjährig erfahrene Akteure waren sie nicht gewillt, in einem bereits vorgezeichneten Prozess Bürgerbeteiligung vorzugaukeln und damit gesellschaftliche Beteiligung nur zu simulieren. Ernsthafte Vorschläge für eine demokratische Atommüllpolitik hatten sie zu diesem Zeitpunkt zur Genüge unterbreitet. Jörg Sommer von der Deutschen Umweltstiftung, der es als Kommissionsmitglied wagte, die zwingenden und unausweichlichen Themen der Konzernklagen in der Kommission anzusprechen und die Konzernvertreter zum Rücktritt aufforderte, wurde sogleich mit diesen zusammen in eine Kleinarbeitsgruppe verwiesen, „um Druck

von der Kommission weg zu nehmen“, wie der Vorsitzende begründete. Als Retourkutsche wurde Sommer von den Wirtschaftsvertretern dafür angegriffen, dass er seine Mitteilungspflicht als gesellschaftlicher Vertreter ernst nahm und als Einziger in einem eigenen Anti-Atom-Blog über seine Kommissionsarbeit berichtete.





Nachdem bereits über die Hälfte der Kommissionszeit von der Öffentlichkeit nahezu unbeachtet abgelaufen ist, soll in diesem Sommernunabsurderweise endlich die „Auftakt“-Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung starten. Eine heilsame Erkenntnis, dass womöglich weder die Rahmenbedingungen noch Zeitrahmen, Kompetenz und Besetzung vernünftig sein könnten, ist chancenlos in der Kommission.

„Diese Kommission brauchen die Bürger nicht“ bloggte Jörg Sommer jüngst angesichts der Tatsache, dass ausgerechnet die maßgeblichen Entscheidungen völlig intransparent getroffen werden, Berichte hinter verschlossenen Türen verfasst und die Öffentlichkeit nur zum Schein beteiligt wird. Und die Vergabe der so genannten „Bürgerbeteiligung“ an ein kommerzielles Einbindungsinstitut soll offenbar nicht öffentlich an einschlägig Verdächtige erfolgen, das Format selbst wird mit großer Si-

cherheit lediglich als Ventil für Kritik und Protest konzipiert sein, um diese letztlich unwirksam machen zu können.

Über der Beschäftigung mit dieser belanglosen „Beteiligung“ die substantielle Rechte für Anwohner und betroffene Regionen überhaupt nicht vorsieht, könnten die harten Fakten ganz aus dem Blickfeld geraten. Während Sozialwissenschaftler den Bürger/-innen schöne Foren unterbreiten, sammeln altbekannte Wissenschaftler in ihrer Arbeitsgruppe schon fleißig die Erkenntnisse aus 38 Jahren Gorlebenforschung zusammen, um daraus die Eignungskriterien für ein Endlager für hochradioaktiven Abfall abzuleiten. Bedenkt man, dass die Kommission von der Bundespolitik zur Hälfte mit Gorleben-Befürwortern besetzt wurde, dann wird transparent, warum die Umweltministerin der Großen Koalition keine Alternativen zu einer Verlängerung der Veränderungssperre im Wendland für

zehn Jahre erkennen will. „Einen Neuanfang in der Endlagersuche gemeinsam mit allen Akteuren nach einer jahrzehntelang verfehlten Atompolitik“ wollte der Bundestag wagen. Einen solchen Neuanfang kann es nicht nur wegen der Ausklammerung Hunderttausender Tonnen Atom-müll aller Strahlungsintensitäten nicht mehr geben. Einem breiten gesellschaftlichen Konsens steht auch der willkürlich benannte Salzstock Gorleben massiv im Wege.

Wie die Anti-Atom-Initiativen prophezeit haben, vergiftet Gorleben das gesamte Verfahren.

Nicht dem relativ besten, sondern wieder dem erstbesten Standort könnte jeder zuarbeiten, der bei diesem untauglichen Verfahren mitmacht. Im Wendland ist man nicht gewillt, diese versalzene Suppe auszulöffeln.

**Weitere Infos im Internet unter:**

● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)

# Sommer-Zeit

**Endlagersuche** Obwohl gerade Öffentlichkeitsbeteiligung eine Säule sein sollte, tagt von der unbeteiligten Öffentlichkeit weitgehend ignoriert seit rund einem Jahr die „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“. Den meisten Menschen in Deutschland dürfte das Gremium völlig unbekannt sein, den wenigen anderen ist sie allenfalls geläufig als „Endlagerkommission“. Der Ignoranz der Deutschen gegenüber der sie so unbeteiligt beteiligenden Kommission will die Gorleben Rundschau künftig wahnsinnige, Entschuldigung: wahrheitsgemäße Berichterstattung entgegenstellen. Aus Berlin rapportiert ab sofort regelmäßig unser Reporter: Der K.

Also mir gefällt's! Ich bin aber auch ein Freund zynischer Politsatire! Ich sage das so offen, denn es ist erstaunlich, wie die Kommission inhaltlich arbeitet: Nachdem schon alle wichtigen Themen in Arbeitsgruppen entsorgt wurden, werden nun auch noch grundsätzliche Kontroversen ausgelagert.

Jörg Sommer, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Umweltstiftung und Inhaber einer der zwei Sitze der Umweltverbände in der Endlagerkommission, hatte sich im Vorfeld der zehnten Sitzung selbiger Kommission erdreistet, die vielen juristischen Schritte der Atomindustrie gegen Passagen aus dem Standortauswahlgesetz in seinem eigenen Blog anzuprangern.

So kommt in der Sitzung im März, was kommen muss: Der Reihe nach kritisieren auch andere Kommissionsmitglieder die Klagen, finden aber die reflexartig aufkommende Idee der Auslagerung des Konflikts in eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe mit Jörg Sommer und dem RWE-Mann Gerd Jäger als Vorsitzenden eine tolle Lösung.

Die Wissenschaftler halten sich zwar zunächst gepflegt raus, nehmen aber plötzlich Bezug auf den Blog von Sommer und werfen ihm Stimmungsmache vor. Die Atomlobby legt nach und wirft ihm Loyalitätsbruch mit der Kommission vor. Sie fühlt sich persönlich diskreditiert. Das allein macht Sommers Engagement schon sympathisch; dass er mit seinem Blog zudem eine Ungeheuerlichkeit anprangert, bringt die Kommission endlich mal in Richtung Betriebstemperatur!

Trotzdem sind Jörg Sommer durch den AG-Vorschlag die Zähne gezogen, einzig das Gewitter gegen die Klagen sorgt dafür, dass er seinen Kopf behalten darf. Sein Mitstreiter seitens der Umweltverbände, Klaus Brunsmeier vom BUND, schmiegt sich zwar an Sommer an, bleibt dabei aber schön auf Distanz, um sich nicht selbst zu verbrennen.

Man muss schon Mitleid mit Jörg

Sommer haben, der nun politisch durchgereicht wird und dem Absturz nahe ist. Bildlich ist das übrigens sehr schön: Er sitzt ganz außen neben den Gewerkschaftsvertreter/-innen, dann kommt Landesbischof Ralf Meister und dann die Atomlobby.

Während Letztere sich mit ihren Vasallen, den Gewerkschafter/-innen, zu einem Rudel Hyänen formiert, um den lahmen Wilden zu verwerten, schraubt sich des Bischofs Arm in die Höhe!

Es folgt ein Meisterwerk rhetorischen Vortragens in seiner Lieblingsvariante: der Predigt! Tragende, wohl gewählte Worte mit einer Pointe geistlichen Zorns lassen die Glieder erstarren: „Was Sie mit Ihrer Klage gemacht haben, ist ein Affront, was wir erwartet haben, ist eine Offerte! Diese sind Sie uns schuldig geblieben.“ Darauf kommt niX mehr! Meister liefert einen perfekten Beitrag zum perfekten Zeitpunkt und die Atomlobby verstummt und ist geprangert! Das rettet natürlich Jörg Sommer

nicht, denn schließlich ist die Ad-hoc-AG beschlossen und der Kommissions-





vorsitzende Michael Müller hat überhaupt keine Lust mehr, sich mit Sommers Kritik zu beschäftigen. Diese Diskussion hat ihm gehörig die Laune verdorben.

Sommer faucht noch einmal und stellt fest, dass er nur in der AG arbeiten werde, wenn zur nächsten Sitzung eine verbindliche Äußerung der Kommission zu den Klagen vorläge. Nur: Genau die soll eigentlich er selbst zusammen mit dem Atommanager Jäger in der Ad-hoc-AG erarbeiten. Das Ende artet also aus zur Soap Opera mit tragischem Schluss, damit wir auch beim nächsten Mal alle wieder einschalten!

Was bleibt, ist die Erkenntnis, dass alle Mitglieder die Kommission irgendwie durchziehen möchten. Keiner will seinen Platz räumen, will der oder die Erste sein. Es herrscht ständiges politisches Taktieren jenseits von Inhalten und unter ständiger Beteuerung, dass man doch das große Menschheitsproblem der Lagerung von Atom-müll nun endlich lösen wolle. Der Betrachter vermag diese hehren Absichten durchaus zu erkennen, doch das injizierte Standortauswahlgesetz fordert unablässig seinen Tribut.

Genauer: Eigentlich ist die Kommission ständig damit beschäftigt, sich selbst zu erhalten. Es gibt kein Geld und nicht genügend Zeit. Der virulente Körper schleppt sich zähgen Ziellinie, in der Hoffnung, diese auch wirklich zu erreichen, egal wie. Wo der Körper strauchelt, wird schnell etwas implantiert, das den Organismus am Leben erhält. Vorzugsweise Arbeitsgruppen. Dass das alles nicht gesund ist, haben mittlerweile alle Kommissionsmitglieder verstanden und womöglich ist Jörg Sommer in ihren Augen der Blinddarm: Überflüssig, aber schmerzhaft, wenn er gereizt ist.

Die Entscheidungen finden ohnehin irgendwo anders statt als in diesen Sitzungen. Zugang zu diesem „irgendwo anders“ zu finden, ist für uns als Bürgerinitiative quasi unmöglich. Die großen Vorhaben „Transparenz“ und „Öffentlichkeitsbeteiligung“ wirken wie ein humoristischer Beitrag.

Diesen lieferte bei der zehnten Sitzung der neue Pressesprecher



der Kommission: Jürgen Voges stellte – zeitlich und auch sonst auf der letzten Rille – das neu installierte Internetforum der Kommission vor. Besonders witzig wirkte dabei die Erklärung zur Nutzung, die er nicht aus seiner Sicht schilderte, sondern aus der Sicht der Entwickler.

Da sitzen also alle vor ihren Smartphones und Tablets und wischen und schreiben permanent Nachrichten hin und her. Rundum Social Media! Und im Hintergrund erklärt der hoffnungsfrohe Altachtundsechziger das Wunderwerk namens Internetforum. „Dabei ist es von zentraler Wichtigkeit sagen die Entwickler, dass Mitglieder der Kommission Beiträge verfassen, um eine lebhaft Diskussion zu entfesseln. Ebenfalls sei es wichtig, durch Beiträge zu antworten, um einen Diskussionsverlauf aufrecht zu erhalten.“ Voges bittet also um zahlreiche Einträge und schaut frohlockend zu Sommer herüber, ob der seine Blog-Aktivitäten nicht ins neue Forum verlagern könnte?

Schade, dass das gar nicht witzig ist, denn Sommer bekundete in der vorherigen Diskussion, dass er unmissverständlich das Recht einfordere, eben genau außerhalb der Kommission in seinem Blog weiter zu walten.

Am Ende des Vortrags von Jürgen Voges wird den Kommissionsmitgliedern schlagartig bewusst, dass sie aktiv im Forum mitarbeiten sollen. Dabei haben sie doch wirklich weder Zeit noch Geld, um noch eine weitere Belastung zu tragen.

Weitere Infos im Internet unter:

● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)

**Dass Jörg Sommer eine Ungeheuerlichkeit anprangert, bringt die Kommission auf Betriebstemperatur!**

In der Bundeskommission zur Suche eines Endlagers für hochradioaktiven Abfall gibt es nach Angaben des Vorsitzenden Michael Müller (SPD) keine Mehrheit für den Standort Gorleben in Niedersachsen, meldete dpa Mitte März. Er sehe nicht, so Müller weiter, dass Gorleben in dieser Frage eine Zukunftschance habe. Unbestritten sei in der Kommission aber, dass Deutschland den Atom-müll im eigenen Land endlagern muss.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dan-nenberg (BI) erinnert hingegen daran, dass nicht einmal eine Mindestanzahl von Standortregionen oder möglichen Standorten im so genannten Standortauswahlgesetz (StandAG) festgelegt wurde.

„Rein, raus, rein! Wir halten Müllers Prognose für mehr als gewagt. Entscheidend werden nicht einmal die Sicherheitskriterien für die Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle sein, entscheidend wird sein, ob ein neuer Suchprozess und die untertägige Erkundung von mehreren Stand-



orten finanziert wird. Dazu muss der Bundestag den notwendigen gesetzlichen Rahmen schaffen und die Abfallverursacher dürfen sich nicht, wie E.ON und Vattenfall, aus der Verantwortung stellen“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Die Aussage Müllers blieb von offizieller Seite der Kommission bislang unkommentiert. (gr, pm)



## Mitarbeit so nicht möglich

**Rücktritt** Seit Sommer 2014 versucht die *Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe* eine Lösung für den Verbleib des deutschen Atommülls zu finden. Die überwältigende Mehrheit der Gruppen in der Anti-Atom-Bewegung hat eine Mitarbeit abgelehnt. Verständlich, findet die Rechtsanwältin und Mediatorin Ulrike Donat aus Hamburg – und hatte seit Oktober trotzdem den Versuch gewagt, als Gastrednerin in der *Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit* mitzuwirken. Nun hat sie das Ende ihrer Mitarbeit bekanntgegeben. Im Interview mit der *Deutschen Umweltstiftung* hat sie erläutert, was sie zu ihrem Rücktritt bewogen hat.

**Deutsche Umweltstiftung:** Frau Donat, Sie haben Ihren Rücktritt in der Arbeitsgruppe „Öffentlichkeitsbeteiligung“ der Endlagerkommission erklärt. Was hat Sie zu diesem Schritt bewogen?

**Ulrike Donat:** Es gab mehrere Gründe. Zum einen teile ich die Skepsis der Umweltverbände, die eine Mitarbeit in der Kommission ohne vorherige gemeinsame Verhandlungen abgelehnt haben. Dennoch bin ich der Einladung gefolgt, weil ich es wert fand, Qualitätskriterien von Öffentlichkeitsbeteiligung zu thematisieren. Es gibt über vierzig Jahre negative historische Erfahrungen mit Hochglanzwerbung, Akzeptanzbeschaffung, Lügen und geschönten Gutachten. Das muss aufgearbeitet werden, wenn es einen „Neuan-

fang“ in der Endlagersuche geben soll. Ich habe deutlich klargestellt, dass ich kein Mandat als „Vertreterin von Gorleben“ in der Kommission habe, sondern bereit bin, mein Expertenwissen einzubringen.

Dennoch ist es der Kommission über Monate nicht gelungen, meinen Status zu klären. Immer wieder werde ich als „Vertreterin von Gorleben“ zitiert. Das empfinde ich als Missbrauch und als Legitimationsversuch für ein von vorneherein falsch angelegtes Verfahren unter Zeitdruck. Die *Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg* beteiligt sich mit guten Gründen nicht an der Endlagerkommission – da möchte ich nicht als Alibi herhalten, damit hinterher behauptet werden kann: „Gorleben war in der Kommission vertreten.“ Aus-

schlaggebend war für mich jedoch die unerträgliche Haltung der grossen Energiekonzerne: Man kann nicht einerseits an einer Kommission teilnehmen, um einen Konsens zu suchen, und andererseits genau das Gesetz beklagen, das die Kommission einrichtet. Ich finde es unerträglich, dass die Nutznießer der Atomindustrie sich jetzt bei der langfristigen Sicherung des Atommülls aus der Verantwortung stehlen wollen. Das vernichtet das letzte Vertrauen, das ich in eine möglicherweise positive Arbeit der Kommission hatte.

**DU:** Wie würden Sie Ihre Tätigkeit in der Kommission beschreiben?

**UD:** Ich war eingeladen als „Gast“, um über Erfahrungen und die An-



forderungen an Öffentlichkeitsbeteiligung, speziell aus der Perspektive der historischen Erfahrungen in Gorleben, zu berichten. Dafür hatte ich 15 Minuten Zeit. Das ist definitiv zu wenig, wenn man vierzig Jahre Geschichte mit hoch- eskalierten Konflikten berücksichtigen will. Ich hatte Rederecht, aber kein Stimmrecht. Ich habe – wie auch andere Vertreter der Bürgerseite und der Umweltverbände – auch darauf hingewiesen, dass eine externe, neutrale Moderation notwendig ist, wenn man bei sehr kontroversen Ausgangspunkten einen Konsens finden will. Der Austausch von Position und Gegenposition, wie er in der Politik üblich ist, führt maximal zu Kompromissen. Konfliktprofis können da mehr.

**DU:** Wie waren Ihre Erfahrungen und Eindrücke der vergangenen Sitzungen?

**UD:** Mein Eindruck war, dass die Vertreter der Atomindustrie und ihre Verbündeten vor allem das Ziel haben, Zeit für ihren Konzernumbau zu gewinnen, um ihre Profite in trockene Tücher zu bringen. Ein ernsthaftes Interesse an einer „guten Lösung“ für den Atom- müll, die von allen getragen wird, konnte ich nicht erkennen. So will zum Beispiel Herr Thomauske (Bruno Thomauske war bis 2007 Leiter des Geschäftsbereiches Kernkraftwerke bei Vattenfall; *Anm. d. Red.*) auf gar keinen Fall, dass Bürger etwa über Sicherheitsanforderungen mitreden. Gleichzeitig wird Zeitdruck gemacht. Die Kommission soll Lösungen produzieren, aber die Voraussetzungen liegen gar nicht vor. Die Ergebnisse von ENTRIA (Entsorgungsoptionen für radioaktive Reststoffe, Forschungsplattform von mehreren deutschen Universitäten und einem Schweizer Partner; *Anm. d. Red.*) fehlen, Konzepte für eine „gute“ Öffentlichkeitsbeteiligung sind vielen Kommissionsmitgliedern gar nicht wirklich bekannt. Im Ergebnis läuft alles darauf hinaus, vorher feststehende Ergebnisse scheinbar zu legitimieren. Es gibt auch gar keine Bereitschaft, die Fehler der Vergangen-

heit zu analysieren – für mich eine Voraussetzung für einen „Neuanfang“. Persönlich hatte ich den Eindruck: Ein Zuhören in der Sache im Sinne von „gehört werden, aufgenommen werden, neue gemeinsame Lösungen suchen“ findet nicht statt.

**DU:** Können Sie sich vorstellen, Ihre Tätigkeit in der Arbeitsgruppe wieder aufzunehmen?

**UD:** Für mich hat sich durch meine Besuche in der Kommission bewahrt: Es gibt Vorbedin-

gungen, ohne die geht es nicht. Nämlich die Anerkennung der Rolle der Anti-AKW-Bewegung als Sicherheitsgarant in Vergangenheit und Zukunft, eine Entschuldigung für vierzig Jahre Lügen, Diffamierung und Kriminalisierung, ein Ende des Unrechts und die Benennung von Unrecht. Die Nutzung der Atomkraft ohne echte Entsorgungsoption ist ein Menschheitsverbrechen. Dafür müssen auch die Atomindustrie und die Politik einstehen und das Unrecht anerkennen. Eine „Wahrheitskommission“ ist immer der erste Schritt, wenn man nach hoch- eskalierten Konflikten wieder verhandeln will. Stattdessen wollen die Atomkonzerne sich aus ihrer Verantwortung stehlen und alles auf den Steuerzahler abwälzen. Es braucht einen wirklichen Ausstieg aus Gorleben und ein Überdenken der Salzlinie, denn seit

vierzig Jahren wird nur geforscht, um Gorleben möglich zu machen. Von der Standortauswahl bis heute wurde gelogen, kritische Befunde wurden ignoriert oder uminterpretiert, die Sicherheitsanforderungen an den Salzstock angepasst statt umgekehrt.

Es gab immer eine einseitige Vorfestlegung – der Standort ist verbrannt. Der halbe Landkreis Lüchow-Dannenberg kennt Polizeiübergriffe, Ausnahmezustände, viele finden sich bis heute in Polizeideckungen, nur weil sie gegen verlogene Politik demonstrieren

## Meine Bereitschaft zur Mitarbeit stand unter Vorbedingungen, die bis heute nicht erfüllt sind

haben. Hier muss ein Haltungswandel stattfinden, wenn man miteinander reden will. Ohne die Atomlobbyisten, mit ausreichend Zeit und wenn wirklich der Wille zum Zuhören und zur Suche nach der sichersten Lösung gegeben ist, bin ich immer bereit, mein Fachwissen einzubringen. Unsere Erkenntnisse aus der Geschichte müssen auch an die nächsten Generationen weiter gegeben werden.

Last but not least: In einem Gremium hochbezahlter Lobbyisten herrscht niemals Augenhöhe, wenn die Bürgervertreter keine Aufwandsentschädigung für ihren Verdienstausschlag bekommen. Das ist ein Grundproblem von Öffentlichkeitsbeteiligung und sollte gelöst werden.

Weitere Infos im Internet unter:  
● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)



## Gorleben geht gar nicht

**Geologie** Vor 38 Jahren wurde Gorleben per Handstreich als Standort für ein Nukleares Entsorgungszentrum ausgewählt. Die Geologie wurde damals mit nur 12,8 Prozentpunkten bewertet, das musste sich rächen: Der Salzstock hat Wasserkontakt, bei den Sicherheitsbetrachtungen wird ausgeklammert, dass es Gasvorkommen und Gaseinschlüsse, ein fehlendes Deckgebirge und geologische Störungen gibt. Sollte Gorleben trotzdem zum Standort für ein Atommüll-„End“-lager bestimmt werden, drohte ein zweites ASSE-Desaster. Von Henrik Stern und Andreas Conrad

Schon vor der Betrachtung der Geologie muss die Frage erlaubt sein, wie sinnvoll es ist, hoch gefährlichen Abfall in einem Medium zu deponieren, dass anderer Orten aufwändig als Rohstoff abgebaut wird: Salz! Doch nicht nur dieses Vorkommen würde zerstört: Unter dem Gorlebener Salzstock gibt es auch riesige Gasvorkommen. Sie wurden schon früher angezapft, und gerade dieser Tage wächst die Begehrlichkeit danach erneut. Strahlender Müll in wertvollen Rohstoffen?

### Gas im Rotliegenden

Schon lange vor der Entscheidung für Gorleben als Standort war ein dortiges Erdgasvorkommen bekannt. Wissenschaftliche Untersuchungen hatten ergeben, dass es die nach Groningen zweitgrößte Lagerstätte in Mitteleuropa darstellte.

Folgerichtig, aber ohne Folgen schrieb darum das niedersächsische Wirtschaftsministerium 1977, dass durch den Fund „umfangreiche Untersuchungen erforderlich

### Von Bohrung zu Bohrung wuchs meine Skepsis

lich“ seien. Nach der Entscheidung für Gorleben wurde das Problem allerdings nicht mehr erwähnt. Auch die Untersuchungen fanden nie statt.

Bei Vorbohrungen zu den Schächten wurde ebenfalls Gas angetroffen und schließlich nachgewiesen, dass ein zur Gasspeicherung geeignetes Gestein unter dem Salzstock hindurchreicht. Fachleute schlossen daraus, dass die Gase aus einem Vorkommen im Rotliegend-Sandstein in einer Tiefe von 3000 bis 3500 Metern und damit unter dem künftigen Lagerbereich für Atommüll herrühren. Konsequenzen aus diesen Untersuchungen hat es nie gegeben.

### Die Gorlebener Rinne

Als Wissenschaftler zudem eine quartärzeitliche Rinnenbildung entdeckten und die Subrosion erwähnten, führte dies zu Abwehrreaktionen der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Dort hatte man immer auf das intakte Deckgebirge über dem Salzstock verwiesen und

wollte diesen wichtigen Sicherheitsbaustein unter keinen Umständen aufgeben.

Zwei Jahre später wies auch der Quartärgeologe Prof. Dr. Klaus Duphorn eine Rinne aus der Elster-Eiszeit nach – fortan „Gorlebener Rinne“ geheißen. Daraufhin wurde die fehlende Barriere zwar anerkannt, man entschied sich jedoch dafür, Prof. Duphorn eine „Überinterpretation der Situation im Quartär“ vorzuwerfen – und ihn nicht mehr zu beauftragen. Dennoch gelten die Existenz der Rinne und die mangelhafte Barrierewirkung heutzutage als erwiesen. Seitdem gründet die Argumentation zur Eignungshöflichkeit auf der Aussage der BGR, dass ein mächtiges Wirtsgestein ausreichend sei.

Verblüffender noch der Schluss von Dr. Siegfried Keller, bei der BGR zuständig für Szenarienanalysen: „Die Verhältnisse im Deckgebirge sind eine vorweggenommene mögliche Zukunft für andere Salz- und Tongestein-Standorte.“ Das durch Eiszeit abgetragene Deckgebirge soll also ein Vorteil



gegenüber anderen Standorten sein, da Gorleben seine Robustheit ja bereits unter Beweis gestellt hätte...

### Bewegung im Untergrund

Es ist anzunehmen, dass bei künftig zu erwartenden Eiszeiten alte Bruchstrukturen im Bereich Gorleben aufgrund der Eislast bevorzugt reaktiviert werden. Dabei können sogar Erdbeben nicht ausgeschlossen werden.

Der Salzstock im Wendland wird außerdem vom so genannten Elbe-Lineament durchzogen, einer geologischen Störungszone, die heute noch eine Rolle spielt. Dort befinden sich sowohl die quartären Rinnen als auch die mitteleuropäische Senkungszone, in der es in Warmzeiten zu Überflutungen mit Meerwasser kommen könnte. Zu allem Überfluss befindet sich der Salzstock am Kreuzungspunkt des Elbe-Lineaments mit weiteren geologischen Störungen. Der Untergrund in Gorleben ist also keineswegs ruhig, sondern er erfüllt nicht die Mindestanforderungen an einen Endlagerstandort.

### Wasser im Anmarsch

Ein weiteres Fakt, das den Salzstock in Gorleben disqualifiziert, ist das Eindringen von Wasser. Es gilt als größte Gefahr für die sichere Endlagerung, weil es Strahlung an die Erdoberfläche transportieren kann.

Greenpeace hatte 2010 Dokumente veröffentlicht, die belegen, dass mitten im Salzstock ein bis zu eine Million Kubikmeter großes Wasserreservoir eingeschlossen ist. Bestandteil der vertraulichen Kabinettsvorlagen und Studien ist auch ein Vermerk, in dem die BGR von einem Laugenreservoir mit dem dreifachen Inhalt der Hamburger Binnenalsterspricht. Fachleute der BGR merkten an, dass sich angesichts der Größe die „Frage nach Wegsamkeiten“ stelle. Solche Wegsamkeiten haben dazu geführt, dass die ASSE, entgegen früherer Versprechungen, einen Laugenzufluss von täglich zwölf Kubikmetern hat.

Ein weiteres Problem sind Risse im Salzstock, die während der Eis-

zeiten entstanden sind. Sie wurden in beiden Schächten nachgewiesen, aber dennoch von der BGR verschwiegen. Geologen rechnen damit, dass sie das gesamte Dach des Salzstocks durchziehen und als Wasserwegsamkeit bis in den Einlagerungsbereich hinabreichen. Ohnehin vertragen sich Wasser und Salz nicht: In Gorleben kommt es zu Ablaugungen. Das aber ist ein Ausschlusskriterium ersten Ranges.

### Warum ausgerechnet Salz?

Eine Kombination verschiedener Barrieren sollte ursprünglich die radioaktiven Substanzen von der Biosphäre fernhalten. Vorgesehen waren erstens technische Vorkehrungen wie die Behälter. Als zweite Barriere galt der Salzstock selbst. Und zum Dritten sollte das Deckgebirge die Erdatmosphäre vor einer Verseuchung schützen. Inzwischen ist davon keine Rede mehr: Aufgrund der korrosiven Wirkung des Salzes bieten die Einlagerungsbehälter keine langfristige Sicherheit, und das Deckgebirge ist schlicht nicht existent. Letztlich bleibt nur der Salzstock. Doch dass gerade Salz besonders geeignet sein soll, ist wissenschaftlich höchst umstritten. Wasserlöslichkeit und die geringe Rückhaltungsfähigkeit von Radionukliden, die korrosive Wirkung von Salzlösungen auf die Einlagerungsbehälter und die Gefahr der radiolytischen Zersetzung durch die Einwirkung ionisierender Strahlen sprechen gegen das Einlageremedium.

Viele Staaten – darunter die USA – haben die Problematik erkannt. Weltweit setzt nur noch Deutschland auf die Lagerung in Salz.

### Wasserleitung aus der Tiefe

Im Gorlebener Salzstock gibt es im Steinsalz einen Strang brüchigen Gesteins: den so genannten Anhydrit. Ein solcher Strang ist geeignet, Wasser zu transportieren. Unter Wissenschaftlern entbrannte nach der Entdeckung des Anhydrits ein Streit, ob diese wasserführende Schicht bis zur Oberfläche reicht und ob auch Gas durch das poröse Gestein aufsteigen



**Bergleute überwachen einen Einschluss von Kohlenwasserstoffen (Erdöl, dunkler Bogen im Hintergrund) im Gorlebener Salzstock.**

kann. Dies ist vor allem bedeutsam vor dem Hintergrund, dass der Bereich zur Einlagerung des Atom-mülls bis dicht an den Anhydrit herangebaut werden müsste.

Würde festgestellt werden, dass es sich bei dem Anhydrit um einen durchgehenden Strang handelte, wäre das nach bisheriger Einordnung der Risiken das Ende des Projekts. Hinzu kommt: Steht Anhydrit unter permanenter Feuchtigkeitseinwirkung, so nimmt er Wasser auf, wodurch sein Volumen um 50 Prozent zunimmt. Anhydrit verwandelt sich zu Gips, quillt dabei auf und kann sprengende Kräfte entwickeln.

Die BGR behauptet zwar das Nichtvorhandensein eines durchgehenden Strangs, hat aber überhaupt nur wenige Prozent des Salzspiegels auf Anhydrit hin untersucht.

### Fazit

Der Salzstock Gorleben ist aus mehreren Gründen ungeeignet, als Lagerstätte für Atom-müll zu dienen. Würde man heute noch die in den Anfangsjahren der Erkundung formulierten Sicherheitskriterien anwenden, wäre der Standort längst aus dem Rennen. Nur die mehrmalige Anpassung dieser Kriterien an die Erkundungsergebnisse in Gorleben hat das verhindert.

Weitere Infos im Internet unter:

● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)



**Der Geologe Prof. Dr. Klaus Duphorn**



## Status Quo am Schwarzbau

**Gorleben** Die „neue“ und „ergebnisoffene“ Suche nach einem sicheren Lager für hochradioaktiven Abfall soll auf einer blütenweißen Landkarte ganz Deutschlands erfolgen. Demnach ist Gorleben nur einer unter vielen möglichen Orten, die für ein „Endlager“ untersucht werden sollen. Doch in Gorleben gibt es Dinge, die den Salzstock im Wendland präjudizieren.

Für die Jahre 2017 bis 2021 sind **Castortransporte** mit 26 Behältern aus Frankreich und England anvisiert, deren Verbleib noch ungeklärt ist. Eine Einlagerung in Gorleben ist nach der Novellierung des Atomgesetzes und aus Gründen der Glaubwürdigkeit – fast – ausgeschlossen. Darum gibt es derzeit ein politisches Hick-Hack um einen alternativen, kraftwerksnahen Ort der Zwischenlagerung. Ist der bestimmt, müssen die Energiekonzerne eine Genehmigung für die Einlagerung beantragen, deren Bearbeitung bis zu zwei Jahre dauern kann.

Allerdings weist das neue Atomgesetz eine Lücke auf, wonach die Einlagerung von fünf Castoren mit mittelaktiven Abfällen aus La Hague in Gorleben theoretisch doch möglich wäre. Die Konzerne haben keinerlei Interesse, Gor-



leben als Ziel der kommenden Castortransporte aufzugeben.

Beschlossen wurde auch, dass der im Gorlebener Salzstock bisher aufgefahrene Bereich – der so genannte **Erkundungsbereich I** – nicht weiter untersucht werden soll. Seit Herbst 2014 werden dort alle Maschinen und Gerätschaften entfernt, und es wird buchstäblich „das Licht ausgemacht“. Dieser Prozess wird rund zwei Jahre dauern. Offen gehalten wird danach nur noch der Bereich, in dem die Förderschächte unterirdisch ankommen. Gorleben-Gegner kritisieren aber, dass der Erkundungsbereich I nicht wieder mit Salz verfüllt wird und so eine erneute In-Nutzung-Bringung jederzeit kurzfristig und problemlos möglich ist. Beschlossen wurde damit nicht die Aufgabe Gorlebens, sondern im Gegenteil die billigste, offen-

sichtlichste Variante der Offenhaltung.

Nur scheinbar positiv ist die Einstellung des Ende der Siebzigerjahre eingeleiteten **Planfeststellungsverfahrens**. Damit entfällt zwar die Möglichkeit des Rückgriffs auf das alte Verfahren, sollte das neue auf der Basis des Standortauswahlgesetzes scheitern. Eine echte Öffentlichkeitsbeteiligung mit Klagerechten ist aber auch im neuen Standortauswahlgesetz nicht vorgesehen.

Ein Meilenstein ist dagegen das ersatzlose Auslaufen des **Rahmenbetriebsplans** aus dem Jahr 1984, der den Befürwortern immer als willkommenes Instrument zur Durchsetzung Gorlebens galt: Jahrzehntelang wurde Gorleben auf Basis des Bergrechts fast bis zu Ende ausgebaut – vorbei am





Atomrecht, ohne Öffentlichkeitsbeteiligung und nur schlecht getarnt als „Erkundungsbergwerk“. Der Rahmenbetriebsplan, der dieses laxer Verfahren möglich gemacht hatte, konnte 2013 nach jahrelanger Prozessführung der Grundstückseigentümer außer Kraft gesetzt werden. Der gesetzlich erforderliche und seit Oktober 2014 geltende neue **Hauptbetriebsplan** für die Arbeiten unter Tage dient jedoch auch wieder der Offenhaltung Gorlebens als mögliches Endlager.

Mehr eine Schönheitskorrektur als ein wirklicher Fortschritt ist die Aufgabe Gorlebens als Vorrang-Standort für ein Atommüllendlager. Verhindert werden könnte das Endlager allein durch diese Änderung im **Landesraumordnungsprogramm** nicht.

Angenehm, aber rechtlich ebenfalls nicht relevant, ist der zugesagte (aber noch nicht erfolgte) Abbau der martialischen **Sicherungsanlagen** rund um das Erkundungsbergwerk. NATO-Draht und andere Gemeinheiten sollen ent-

fernt und die Sicherung auf Industrie-Standard zurückgebaut werden.

Ein echtes Manko ist aber die immer noch bestehende **Veränderungssperre**, die es Grundstückseigentümern untersagt, in Tiefen ab 50 Metern (an einigen Stellen 100 Metern) Veränderungen vorzunehmen. Diese Sperre gibt es zurzeit nur in Gorleben, womit der Standort gegenüber allen weiteren potenziellen Standorten für ein Endlager privilegiert ist. Dort können findige Kommunalpolitiker/innen Bohrungen für Erdwärme, Gasspeicher oder Gasgewinnung organisieren und so Tatsachen schaffen, die eine Atommüll-Lagerung unmöglich machen.

Auch an anderer Stelle hat der Standort im Wendland aus Sicht der Gorleben-Befürworter große Vorteile: Dort gibt es nämlich bereits die gesamte **oberirdische Infrastruktur** wie das Zwischenlager mit inzwischen 113 Castoren, die Pilotkonditionierungsanlage mit einer heißen Zelle, das Fasslager mit rund 6500 Kubikmetern

schwach- und mittelaktiven Abfällen (LAW und MAW), Sicherungsanlagen, Straßen, Parkplätze, Büro- und Werkstattgebäude. Auch die bestehenden Polizeiuunterkünfte in Lüchow und Dannenberg stehen bei Befürwortern auf der Haben-Seite. Erst der Rückbau aller Anlagenteile würde eine Art Chancengleichheit mit anderen potenziellen Standorten herstellen. Geplant ist aber wohl eher der Ausbau: Im Gorlebener Forst soll eine weitere Konditionierungsanlage für MAW und LAW entstehen.

Fazit: Mit dem angekündigten Ende der Castortransporte, der Einstellung des Planfeststellungsverfahrens und auch der Aufhebung des Rahmenbetriebsplans hat sich die Politik ein kleines Stück auf die Gorleben-Gegner zu bewegt. An anderen Stellen betreibt sie weiterhin nur Augenwischerei. Sie sind dabei den Standort Gorleben zu sichern. Diese Punkte werden die Arbeitsfelder der BI in den kommenden Jahren sein. (gr)

**Die Politik  
betreibt  
besten-  
falls  
Augen-  
wischerei**

Weitere Infos im Internet unter:  
● [www.gorleben-rundschau.de](http://www.gorleben-rundschau.de)



## Karriere eines Buchstabens

**Symbolik** Das auffällige Zeichen steht im Wendland in vielen Vorgärten, wippt an unzähligen Autorückspiegeln. Es prangt auf Plakaten, und nahe dem Dannenberger Marktplatz gibt es sogar ein offizielles Denkmal des Widerstands: zwei gekreuzte Bahnschienen. Dabei wäre das Mitte der Achtzigerjahre eher zufällig gewählte X fast eine Totgeburt gewesen. Andreas Conradt erklärt, wie's anders kam.

Das Plakat zur Protestaktion gegen den ersten Fasstransport mit schwach- und mittelfradioaktivem Abfall im Jahr 1985 zierte ein großes gelbes X auf schwarzem Grund. In die Schenkel des X war ein Foto montiert, das eine Straßenblockade zeigte. Damit galt das Plakat der Staatsanwaltschaft als Aufruf zur Gewalt und wurde beschlagnahmt. Man hoffte, den Widerstand mundtot machen zu können – und erreichte doch das genaue Gegenteil. Denn als Reaktion auf die staatliche Willkür signierte Joseph Beuys als Mitbegründer der Grünen und Atomkraft- und Gorlebengegner das Plakat mit der zur Legende gewordenen Aufschrift: „Menschengemässe Kunst muss 1. die Zerstörung des Menschengemässen verhindern, 2. das Menschengemässe aufbauen. Nur das ist KUNST und sonst gar nichts.“ Durch Beuys' Aufschrift galt das Plakat nun selbst als Kunst und konnte nicht mehr verboten werden. Nach den Fasstransporten kam es im April 1995 schließlich zum

**Das X stellte sich als perfektes Zeichen für den Widerstand dar**

ersten Castortransport ins Wendland – das war *der* Tag X. Die folgenden Transporttage hießen folgerichtig Tag X<sup>2</sup>, Tag X<sup>3</sup>. Müde von der höheren Mathematik, war danach aber wieder das einfache X angesagt.

Der Buchstabe stellte sich als perfektes Zeichen für den wendländischen Widerstand heraus. Es hatte durch den amerikanischen Menschenrechtsaktivisten Malcolm X bereits eine Geschichte, symbolisiert Blockaden und wird auch international verstanden. In Japan zum Beispiel bedeuten gekreuzte Unterarme oder Finger „Nein“.

Dabei ist das X nie als Logo einer bestimmten Organisation missbraucht worden, sondern dient seit 30 Jahren allen Widerstandsgruppen als Symbol ihres gemeinsamen Anliegens. Auch große NGOs wie Campact und Greenpeace nutzen das gelbe X, um auf die Gorleben-Problematik aufmerksam zu machen. Und nicht zuletzt hat das gelbe Castor-X andere Widerstandsgruppen in-

spiziert: Die ASSE-Gegner entwickelten ein gelbes A, Gegner der CO<sub>2</sub>-Verpressung in Sachsen-Anhalt nutzen ein rotes X, ein gelbes Y steht gegen eine Bahntrasse in der Lüneburger Heide.

Und dann gibt es da im Wendland noch diesen Cartoon: Ein Bauer und eine Bäuerin treffen sich, beide haben einen Strohhallen dabei: „Tach Hein!“ „Tach Gerda!“ Im folgenden Bild sitzen beide auf den Strohhallen und blockieren die Straße. Darüber steht geschrieben: „Tach X!“





# Das Gorleben-Gefühl

**Ausstellung** Was bleibt einem, wenn alle Argumente gegen Gorleben schon hundert Mal gesagt wurden? Wenn die Positionen von Gegnern und Befürwortern gefestigt sind? Dann, findet Peter Bauhaus, ist die Zeit reif für Emotionen.

Gorleben ist überall. Na klar. Das ungelöste Problem der so genannten „Entsorgung“ geht uns alle an. Aber wie es mit Problemen häufig ist: Man verdrängt sie gerne. Das geht den Besucher/-innen der Kulturellen Landpartie (KLP) so, aber auch uns, die wir das ganze Jahr über hier wohnen. Doch Gorleben hat uns geprägt, die KLP hat ihre Wurzeln im Widerstand gegen die Atomanlagen. Spätestens wenn im November zehntausende von Polizisten den Landkreis besetzen, um weitere Castorbehälter ins Zwischenlager zu knüppeln, werden wir brutal daran erinnert, dass zum Atomstrom unweigerlich der Atomstaat gehört. Und dass jede Kilowattstunde Atomstrom den tödlichen Strahlenmüll weiter anwachsen lässt. Das Gefühl der Bedrohung begleitet uns, bewusst oder unbewusst, das ganze Jahr hindurch.

Das Gorleben-Gefühl heißt eine Ausstellung, die während der Kulturellen Landpartie 2004 zum ersten Mal gezeigt wurde, zunächst verteilt über den ganzen Landkreis Lüchow-Dannenberg, später dann an einem Ort und zu einer Wanderausstellung zusammengefasst. Über 50 Aussteller/-innen und Besucher/-innen haben dafür jeweils einen 30 mal 30 Zentimeter großen Holzkasten gestaltet – Ausdruck ihrer ganz persönlichen Empfindungen. Informationstafeln zu Gorleben hat es an den Ausstellungsorten schon immer gegeben. Die signalroten Kästen mit dem silbernen „G“ auf dem Deckel aber muss man öffnen, man muss die Begegnung suchen, so wie man ein persönliches Gespräch sucht. Und jeder der Kästen spricht seine eigene Sprache.

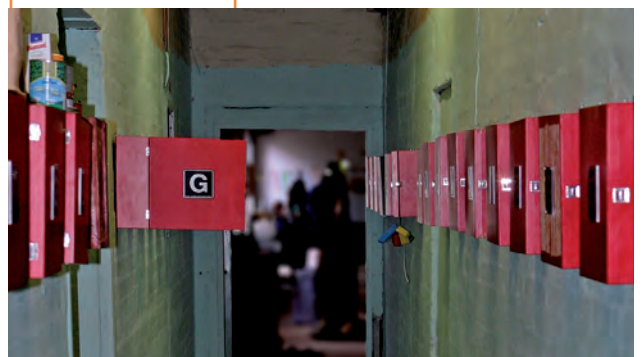


Wut begegnet einem, Angst oder Ohnmacht, aber auch Witz und Ironie. Und immer wieder der wendlandtypische Galgenhumor. Einige Kästen quellen beinahe über, andere sind eher minimalistisch gestaltet, manche erzählen eine Geschichte.

Da steht zum Beispiel unter einem Lüftungsschlitze eine rostige Mausefalle, der Bügel gespannt, der Speck nicht angerührt. Die Maus, die wenige Zentimeter davor liegt ist trotzdem tot. Wie weit ist es bis Gorleben? Plakative Direktheit findet sich ebenso wie poetische Allegorie oder ironische Brechung. So sieht man die allmächtige Atomindustrie (oder ist es die Staatsmacht?) schon mal als kleinen Plastikgorilla in lächerlicher Macho-Pose vor einem Spiegel stehen. Oder der Kasten entpuppt sich als spöttische Erste-Hilfe-Einheit für den Ernstfall: Neben einem detaillierten Katastrophenplan („bitte recht freundlich, alles wird gut“) finden sich Tinkturen, Pillen, Mullbinden und Hühneraugenpflaster.

Bei der Fülle der Ideen können Besucher/-innen gar nicht anders als den eigenen Gefühlen nachzuspüren. Was bewegt mich mehr – die Angst vor der Bedrohung, die Wut über die Ohnmacht oder der verzweifelte Gedanke an das, was es zu schützen gilt?

Da ist die kindlich-bunte Papierwelt aus Mensch und Natur, in die von außen eine Vielzahl einschlagener Nägel eindringt. Oder das rohe Ei, das in einem Nest aus rostigem Stacheldraht liegt. Oder der harmlos aus dem Kasten ragende Holzstab, der sich beim Öffnen des Deckels als das Ende eines Polizeischlagstocks erweist.



Mit jeder Installation werden neue Assoziationen angestoßen. An einem Exponat aber ist bislang noch jede/-r Besucher/-in verzweifelt: Beim Öffnen des Kastens rutscht eine Handvoll bunter Klötze von einer schiefen Ebene und baumelt an Schnüren herunter. Aber wie zum Teufel bekommt man die Klötze wieder hinein, wie kann man den Kasten wieder schließen? Simpler und eindringlicher lässt sich die atomare „Büchse der Pandora“ kaum darstellen.

# Der Widerstand ist ein Gesamtkunstwerk

**38 Jahre** Der Widerstand gegen Gorleben ist ein Gesamtkunstwerk: Eine Chronologie des Protests gegen die Atomanlagen im Gartower Forst. Von Wolfgang Ehmke

**Kundgebung am 12. März 1977:** Drei Wochen nach der Standortbenennung Gorlebens als „Nukleares Entsorgungszentrum“ (NEZ) am 22. Februar 1977 versammeln sich 16 000 Menschen auf der gespenstischen Waldbrandfläche, wo der riesige Atommüllkomplex errichtet werden sollte. Gebrannt hatte es im August 1975 an drei Orten, die in die engere Wahl für den Bau eines „NEZ“ gezogen wurden: in Lichtenhorst, Lutterloh und Gorleben 8000 Hektar Wald und 5000 Hektar Moor und Heide fraßen die Flammen. Die Brandursache wurde aufgeklärt: Brandstiftung. Die Täter wurden nie gefasst.



*Erste Demo auf der Waldbrandfläche im Gartower Forst, März 1977.*



*Besetzung einer Bohrlochstelle, Sommer 1979.*

**März Treck 1979:** Erste Bohrtrupps für Baugrunduntersuchungen werden durch Sitzblockaden behindert. Am 19. März umstellen Bauern das Bohr-Depot mit Traktoren. Am 25. März startet der Bauerntreck nach Hannover. Am 31. März demonstrierten 100 000 Menschen in der niedersächsischen Landeshauptstadt gegen die Atomkraft. In Harrisburgh (USA) kam es während des Trecks, am 28. März, zu einer Havarie mit Kernschmelze. Der damalige niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) befindet, dass eine Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) technisch zwar machbar, politisch aber nicht durchsetzbar sei. Am Bau eines atomaren Zwischenlagers und des Atommüllendlagers in Gorleben wird aber festgehalten.



*Besetzung der Bohrlochstelle 1004 und Errichtung des Hüttendorfes.*

**1980 Republik Freies Wendland:** Die erste Tiefbohrung für die Erkundung des Salzstocks Gorleben beginnt am 5. Januar 1980. Die Bohrstelle 1003 wird eingerichtet. Als Reaktion darauf besetzen 5000 Menschen am 3. Mai die Bohrstelle 1004 und errichten ein Hüttendorf, die Republik Freies Wendland mit Wendenpass und eigener Radiostation. Walter Mossmann kreiert das Gorlebenlied. Wolf Biermann war da, der Juso Gerhard Schröder auch. Es gab Rock, Folk und Blues, eine Solaranlage, ein Frauenhaus. Am 4. Juni 1980 wird das Dorf von einer Polizeiar-mada gewaltsam geräumt.

**Atommüll-Alarm 1984:** Am 4. September 1982 folgen 10 000 Menschen dem Aufruf zu einem „Tanz auf dem Vulkan“ als Reaktion auf den Baubeginn der Zwischenlagerhallen. Eine Menschenkette und eine Wendlandblockade im Frühjahr 1984 können den ersten Transport nicht abwenden. Zwei Jahre nach Baubeginn, am 8. Oktober 1984 werden Atommüllfässer aus dem AKW Stade per LKW angeliefert. Sitzblockierer können den Transport immer wieder stoppen. Peinlich bei der Ankunft: Das Hallentor ist zu niedrig, aus den Reifen muss Luft abgelassen werden.





Treck nach Berlin, 2009.

**1988 Blähfässer und Transnuklearer Müll:** Ende der Achtzigerjahre werden Fässer aus dem belgischen Mol von der Hanauer Firma Transnuklear in Gorleben angeliefert. Schmiergelder flossen in Millionenhöhe. Radioaktiver Müll aus einem havarierten Forschungsreaktor wurde untergemischt, andere Fässer blähen auf oder rosten. Im Januar 1988 schütten Bauern Mutterboden in die Toreinfahrt des Zwischenlagers und pflanzen Bäume. 8000 Menschen demonstrieren im März 1988 gegen die Atomtransporte, die wie „geschmiert“ laufen. 1296 Fässer müssen wieder ausgelagert und neu konditioniert werden. Das 300-Leute-Konzept wird entwickelt: per Selbstanzeige erklären Hunderte, dass sie sich bei einem Castor-Transport querstellen werden.

**1994 Castornix:** Der erste Castor soll 1994 aus dem AKW Philippsburg angeliefert werden. Pleiten, Pech und Pannen beim Beladen des Behälters verzögern den Transport und wecken widerständiges Leben. Hütten werden gezimmert, Planen zwischen den Bäumen gespannt, aus dem Unterholz erwächst im Sommer die Trutzborg „Castornix“. Trotz eines Versammlungsverbots gehen am 19. Novemberrund 2000 Menschen auf die Bahngleise. Aus einer nächtlichen Demonstration am 21. November vor dem Zwischenlager wird für 3000 Menschen ein Freudenfest, weil das Verwaltungsgericht Lüneburg den bevorstehenden Transport in letzter Minute stoppt.

**Die fünfte Jahreszeit:** Am 24. April 1995 um 20.05 Uhr ist es soweit, der erste Castor-Zug fährt in Philippsburg los. 6500 Polizisten und BGS-Beamte bahnen im Wendland dem Transport unter Einsatz von Schlagstöcken und Wasserwerfern den Weg ins Zwischenlager. Die kommenden Jahre sind geprägt vom Castor-Protest. Mit einer kurzen Unterbrechung, denn Bundesumweltministerin Angela Merkel stoppt die Transporte, weil die Behälter äußerlich kontaminiert sind. 10 000 Menschen stellen sich quer, als im Jahr 2001 die Transporte wieder aufgenommen werden. Die Transporte werden nun gebündelt und in den kalten Monat November verlegt. Die größten Polizeieinsätze mit bis zu 18 000 Beamten in der Nachkriegsgeschichte können den Widerstand nicht bändigen.

**2011 Der längste Transport in der Geschichte:** Die CDU/FDP-Regierung verlängert die Laufzeiten der Atomkraftwerke und hebt das Gorleben-Moratorium auf. Der 12. Castortransport im November 2010 braucht daraufhin 92 Stunden. Bauern hatten sich in einer Betonpyramide angekettet, zwei Greenpeace-Mitglieder in einem als Bierlastwagen getarnten Lkw an einen Betonblock fixiert. Im Herbst 2011 kommt es zu erbitterten Auseinandersetzungen um den 13. Castor-Transport. 20 000 Menschen demonstrierten in Dannenberg für die Stilllegung aller Atomkraftwerke und gegen Gorleben als Atommüllendlager. Neuer vorläufiger Rekord: Der Konvoi mit dem Strahlenmüll brauchte 125 Stunden und 49 Minuten von La Hague bis ins Zwischenlager.

**2009 Wir fahren nach Berlin:** „Berlin, Berlin – wir fahren nach Berlin!“ Im Jahr 2009 startet der größte Anti-AKW-Treck in der Geschichte der Bundesrepublik nach Berlin. Am 29. August geht es in Gorleben los. Weitere Stationen sind der Schacht Konrad und die havarierten Lagerstätten Asse II und Morsleben. Am 5. September demonstrieren 40 000 Menschen in der Hauptstadt für den Atomausstieg und gegen Gorleben, eskortiert von mehr als 400 Traktoren.



1979 startet der erste Treck nach Hannover.

**1990 PKA und gesamtdeutscher Protest:** Eine Anlage zur Konditionierung hochradioaktiver Abfälle soll als Passstück zwischen Zwischenlagerung und Endlagerung errichtet werden, die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA). Am 2. Februar 1990 besetzen Hunderte das Baugelände. Wenige Tage später, am 5. Februar, kommen zur ersten deutsch-deutschen Anti-Atom-Demonstration 5000 Menschen nach Gorleben. Im Gegenzug demonstrieren am 11. März 7000 Menschen in der DDR gegen den Bau des AKW Stendal.



2010: Nach etlichen Stunden und Versuchen der Polizei, gibt diese schließlich auf, die Angeketteten der Betonpyramide befreien zu können.



## Der geilste Ort der Welt

**Portrait** „Zuhause – das war der geilste Ort der Welt“. Elke Kuha-gen antwortet unmissverständlich, warum sie in den Landkreis Lüchow-Dannenberg zurückgekommen ist. Ihre Eltern führten im wendländischen Bussau einen kleinen Dorfladen, aber Elkes Traum war eine Schneiderlehre. Damit war sie unter den Mädchen sicher nicht ganz up to date. Egal: Sie ist Ihren Weg trotzdem gegangen.

Als sie 1978 in Bremen auf der Fachoberschule für Gestaltung ihre Hochschulreife nachholte, ging's in Gorleben erstmals richtig rund. Im Unterricht musste sie berichten, was gerade im Wendland passierte. Ihr Lehrer fuhr mit ihr an den Wochenenden zu den Demos.

Anfang der Siebzigerjahre war die Region im östlichen Niedersachsen noch sehr konservativ. Die Kriegsgeneration bestimmte die öffentliche Meinung. Elke war vom Kniefall Willy Brandts beeindruckt und fragte sich, warum viele so massiv dagegen waren. Mit ihrer Haltung zu Brandts Warschauer Geste stellte sie sich außerhalb und provozierte ihre Umgebung. In den ersten Gorleben-Jahren schlug diese öffentliche Haltung Elke und den Gorleben-Gegnern oft sehr feindselig entgegen. So war schon das Auslegen von Fly-

**Kann eine Frau, deren Lebens-  
traum und  
-werk vom  
liebvollen Um-  
gang mit feinen  
Stoffen geprägt  
ist, so politisiert  
sein, dass ihr  
der wend-  
ländische Wider-  
stand bisweilen  
zu moderat  
erscheint? Sie kann, fand  
Torsten Koop-  
mann heraus.**

ern der Bürgerinitiative (BI) im elterlichen Laden schwierig. Elkes Eltern mussten dazu im Dorf Stellung beziehen. Auch wenn sie anderer Meinung waren, haben sie ihre Tochter unterstützt.

Das war ungewöhnlich in jener Zeit: Man war eben dafür oder dagegen. Doch die Überzeugung ihrer Kinder zwang Eltern, sich damit auseinanderzusetzen, welche Haltung sie selbst zu Gorleben einnehmen sollten. Über kurz oder lang haben sie sich so ihren Kindern angenähert. Den Rest haben Regierungen und Polizei durch überzogene Aktionen selbst erledigt. Kein Vater und keine Mutter akzeptiert es, wenn ihre Kinder oder die Nachbarn festgesetzt oder misshandelt werden.

Mit der Standortbenennung Gorleben 1977 befielen Elke zwei Gefühle: Heimweh und Angst vor den Atomanlagen. Was werden die zerstören? Sie arbeitete in jener Zeit mehrere Jahre ehrenamtlich im BI-Büro und hat dadurch viel gesehen und erlebt. Heute engagiert sie sich im Gorleben-Archiv und digitalisiert in ihrer Freizeit Dias. Durch die Bilder wird ihr wieder bewusst, wieviel Wut sie heute noch über all die Lügereien und Betrugereien empfindet, mit denen über die Köpfe hinweg bis heute über die Wendländer/-innen entschieden werden soll.

Sie war auch nicht immer damit einverstanden, wenn der Widerstand allzu moderat auftrat. Die Bürgerinitiative verließ Elke deswegen 1982 nach der von ihr mitorganisierten Demo namens „Tanz auf dem Vulkan“. Konzertbesucher hatten sich damals ganz selbstverständlich das Recht genommen, dicht am Zaun der Zwischenlagerbaustelle zu feiern. Zu dicht, wie die Polizei fand. Es kam zu Auseinandersetzungen. Als die BI sich später vorschnell davon distanzierte, stieg Elke aus. „Ich hatte nichts dagegen, dass etwas kaputt ging, nur Menschen durften nicht gefährdet werden.“ Dazu gehört für sie die ewige Frage: Was traue ich mich, und wo hört es auf? Diese Grenzen seien immer wieder festzulegen, sonst sei sie nicht anders als die, die ihr Leben gefährden.

Im Ermittlungsausschuss Gorleben hat sie sich etliche Jahre für

Demoteilnehmer oder Polizeige-fangene verantwortlich gefühlt. Recht und Gerechtigkeit waren nicht zwangsläufig das gleiche. Es galt, das Richtige zu sagen, schlauer zu sein und mit der Cleverness der Anwälte Siege zu erringen.

Um ihre „Widerstandsgeschichten“ fortführen zu können, wurde es erforderlich, ihre Existenz besser zu sichern. Viele hatten eine Arbeit, waren mehr oder weniger abgesichert, und auch Elke wollte mit ihren Gelegenheitsjobs so nicht mehr weitermachen. In ihrer eigenen Schneiderei bestimmt sie seitdem selbst über Stoffe, ihre Herkunft und Herstellung. Kleider selbst herzustellen war seit jeher ihr Traum, und den hat sie sich verwirklichen können. Es war dann nur noch ein weiterer Schritt in die gleiche Richtung, auf den Wunde.r.punkten Politik und Kunst miteinander zu verbinden, um von ihrer Selbstständigkeit leben zu können. Politisches Handeln, Wirtschaften und Leben wurden so zu einer Einheit: Ihre ökonomische erhält ihr die politische Selbstständigkeit.

Heute sähen viele Besucher in der Kulturellen Landpartie (KLP), der Nachfolgerin der Wunde.r.punkte, nur noch den Event. Der politische Hintergrund, die Einheit von Kunst und Politik, interessiere sie nicht mehr. Das könne sie nicht ändern. Vor 25 Jahren rekrutierten sich die Besucher noch aus den Demo-Teilnehmer/-innen. Die nahmen dann ihre Freunde mit und sorgten so dafür, dass immer mehr Menschen auch im Sommer ins Wendland kamen.

Doch Elke steht als Veranstalterin auch heute noch mit ihrer ganzen Person für ihre Produkte und ihre Haltung ein. Ein bisschen werden die Besucher/-innen der KLP auch nach 25 Jahren noch vom Gorleben-Gefühl berührt, da ist sich Elke sicher: Gemeinsam für eine Sache einzustehen und dabei auch noch Spaß zu haben.

Bleibt zum Schluss die Frage, ob es „richtig“ ist, so politisch zu leben? Und auch da hat Elke eine unmissverständliche Antwort: „Wenn das alles nicht gewesen wäre, stünde in Gorleben heute ein Endlager – und ich hätte ganz viele Menschen nicht kennengelernt.“







Er wurde nicht müde, zu streiten – auch nicht für eine Zukunft ohne Atomkraft. Zuletzt aber schieden sich an ihm die Geister wegen seines verheimlichten Dienstes bei der SS und eines antisemitischen Briefs. Am 13. April ist der Nobelpreisträger Günter Grass im Alter von 87 Jahren gestorben. Zwei Wochen später hätte er zusammen mit Nina Hagen seinen Beitrag zum diesjährigen „Lesen ohne Atomstrom“ leisten sollen. Beide hatten schon 2011 vor dem AKW Krümmel gelesen und so geholfen, das Literaturfestival aus der Taufe zu heben. „Linksradikal, war

Grass nie.“ schrieb SPIEGEL ONLINE am Todestag. Dennoch engagierte er sich gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Art der deutschen Wiedervereinigung, gegen Übermacht von Finanzinstituten und Kapitalismus und gegen ein Atommüllendlager in Gorleben.

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

# kulturelle WIDERSTANDS PARTIE

**WILLKOMMEN  
AN UNSEREM  
WUNDEN PUNKT**

über 30 Wunde(r)punkte erleben

**3 Bühnen**  
mit Musik und Theater

**Köstlichkeiten**  
für Leib und Seele

**Straßenkunst  
Artistik  
Handwerk  
und**

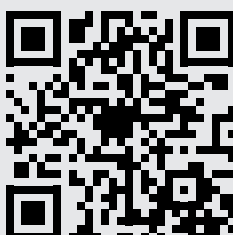
**politische Informationen**

Programm und Infos unter:  
[www.kulturelle-landpartie.de](http://www.kulturelle-landpartie.de)  
[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

Eintritt frei - Spenden willkommen

**PFINGSTFREITAG  
22. MAI 2015  
AB 14.00 UHR**

Spendenkonto  
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg  
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg  
IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21  
BIC: NOLADE21UEL



Bürgerinitiative Umweltschutz  
Lüchow-Dannenberg  
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow  
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18  
☎ 05841 - 4684  
[buero@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:buero@bi-luechow-dannenberg.de)  
[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)